

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postämter, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Anzeigerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorauszahlung.

Anzeigen müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gefaltene Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeiteranträge sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 42.

Sonntag, den 20. Oktober.

1907.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden nur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Telegramm.

Siegen, 15. Oktober. Die Aussperrung der Tabakarbeiter ist mit Erfolg beendet. Die Organisation, d. h. der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, gegen den sich die Aussperrung hauptsächlich richtete, wird von den Unternehmern anerkannt. Ausgleichung der Differenz bei Rinn & Cloos wird vollzogen. Maßregelungen sollen nicht eintreten, und der Fabrikantenbeschluss, wonach kein Arbeiter ohne Genehmigung seines früheren Fabrikanten bei einem andern Fabrikanten in Arbeit treten dürfte, wird aufgehoben. Die Arbeit wird am Sonnabend von den Wickelmachern, am Montag von den Rollern aufgenommen.

Die Erziehungsideale des Sozialismus.*

Der Sozialismus wird die Klassenerziehung aufheben. Das ist nicht eine beweislose, selbstgefällige Behauptung, sondern eine Selbstverständlichkeit, die sich mit Notwendigkeit aus dem Wesen des Sozialismus ergibt. Der Sozialismus will die Beseitigung der Klassen-gegensätze, und mit der Beseitigung der Klassenherrschaft fällt auch die mit ihr untrennbar verbundene Klassen-erziehung.

„Solange die wirklich arbeitende Bevölkerung,“ sagt Engels im Anti-Dühring, „von ihrer notwendigen Arbeit so sehr in Anspruch genommen wird, daß ihr keine Zeit zur Beforgung der gemeinsamen Geschäfte der Gesellschaft — Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Rechtsangelegenheiten, Kunst, Wissenschaft usw. — übrig bleibt, solange mußte stets eine besondere Klasse bestehen, die von der wirklichen Arbeit befreit, diese Angelegenheiten besorgt. . . . Erst die durch die große Industrie erreichte ungeheure Steigerung der Produktivkräfte erlaubt die Arbeit auf alle Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme zu verteilen und dadurch die Arbeitszeit eines jeden so zu beschränken, daß für alle hinreichend freie Zeit bleibt, um sich an den allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft — theoretisch wie praktisch — zu beteiligen. . . .“

Die Möglichkeit, vermittels der gesellschaftlichen Produktion allen Gesellschaftsmitgliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die ihnen auch die vollständig freie Ausbildung und Betätigung ihrer körperlichen und geistigen Anlagen garantiert, diese Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da. . . .“

Marx hatte schon vorher aus den von ihm festgestellten Tatsachen der Kinderausbeutung und den dagegen getroffenen Maßnahmen der englischen Gesetzgebung unter Berufung auf Robert Owen den „Keim der Erziehung der Zukunft“ abgeleitet, „welcher für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit, mit Unterricht und Gymnastik verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollständig entwickelter Menschen“. Näher ausgeführt sind diese Ideen, die in der Tat den „Keim der Erziehung der Zukunft“ enthalten, die in genialer Vorausbestimmung das Ziel und die Wege der sozialistischen Erziehung in wenigen, aber richtigen und sicheren Strichen entwerfen, in der Resolution, die der Genfer Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation im Jahre 1866 annahm. In dieser Resolution lauten die wesentlichsten, für uns in Betracht kommenden Partien:

„Wir betrachten die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen, von beiden Geschlechtern, zur Mitwirkung an dem Werke der sozialen Produktion herbeizuziehen, als eine progressive, heilsame und rechtmäßige Tendenz, obgleich die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht wird, eine abscheuliche ist. In einem rationellen Zustande der Gesellschaft sollte jedes Kind ohne Unterschied vom neunten Jahre an ein produktiver Arbeiter werden: auf gleiche Weise sollten keine erwachsenen Personen von dem allgemeinen Gesetze der Natur ausgenommen sein: nämlich zu arbeiten, um imstande zu sein, zu essen, und zu arbeiten nicht bloß mit dem Gehirn, sondern auch mit den Händen. Von diesem Standpunkte ausgehend, sagen wir, daß keinen Eltern und Arbeitgebern durch die Gesellschaft Erlaubnis

gegeben werden darf, die Arbeit von Kindern oder jungen Personen zu gebrauchen, außer unter der Bedingung, daß jede produktive Arbeit mit Bildung verbunden wird. Unter Bildung verstehen wir drei Dinge: 1. geistige Bildung; 2. körperliche Ausbildung, solche, wie sie in den gymnastischen Schulen und durch militärische Übungen gegeben wird; 3. polytechnische Erziehung, welche die allgemeinen wissenschaftlichen Grundzüge aller Produktionsprozesse mitteilt, und die gleichzeitig das Kind und die junge Person einweist in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung der elementarischen Instrumente aller Geschäfte. Mit der Einteilung der Kinder und jungen Personen vom 9. bis 17. Jahre in drei Klassen sollte ein allmählicher und progressiver Lehrplan der geistigen, gymnastischen und polytechnischen Erziehung verbunden sein. Mit Ausnahme vielleicht der ersten Klasse sollen die Kosten der polytechnischen Schulen teilweise gedeckt werden durch den Verkauf ihrer Produkte.“

Sehen wir von nebensächlichen Einzelheiten ab, so ergibt sich als das eigentliche charakteristische Kennzeichen der sozialistischen Erziehung die Arbeit, die körperliche Arbeit als Grundlage der Erziehung, auch der geistigen und sittlichen. Dieses Kennzeichen unterscheidet die sozialistische Erziehung grundsätzlich von der bürgerlichen, die den Begriff der Arbeit nicht kennt und darum auch nicht aus der Arbeit, sondern aus der Spekulation ihre Moralbegriffe herleitet. Wohl hat man neuerdings hier und da den sogenannten Handarbeitsunterricht in die Schulen eingeführt, der aber in gar keinem Verhältnis zu der von uns angestrebten Erziehung durch Arbeit zur Arbeit steht. Wohl ist auch dem einen oder dem andern bürgerlichen Pädagogen eine Erkenntnis von der großen sozialen Bedeutung der Arbeit für die Jugenderziehung aufgegangen, so unter anderem dem Leiter des Seminars für Knabenhandarbeit in Leipzig, Dr. Rohst, und dem heftigen Schulrat Scherer. Aber die zünftige Pädagogik steht dem Arbeitsunterricht kühl und verständnislos gegenüber. Ist doch noch vor einigen Jahren, 1900, auf der deutschen Lehrerversammlung in Köln, die Einführung des Handarbeitsunterrichts mit übergroßer Mehrheit und mit Gründen, die die Verständnislosigkeit gegenüber diesem Problem grell beleuchteten, abgelehnt worden. Dabei findet die bürgerliche Pädagogik bei den größten und besten unter ihren Theoretikern und Begründern ein erfreuliches Verständnis für den Wert der körperlichen Arbeit in der Erziehung. . . .“

Aber das theoretische Fundament für die sozialistische Erziehung vom Standpunkte des wissenschaftlichen Sozialismus hat Marx gelegt, und auf diesem Fundament hat bisher erst ein berufener Pädagoge von Bedeutung mit Verständnis und Erfolg weiter zu bauen begonnen. Dieser Pädagoge ist freilich kein bürgerlicher Gelehrter, es ist unser schweizerischer Genosse Robert Seidel, der im Jahre 1885 eine ziemlich umfangreiche Schrift über den „Arbeitsunterricht, eine pädagogische und soziale Notwendigkeit“, herausgab, die in einer bisher unübertroffenen, schlagkräftigen, eindrucksvollen Weise und mit sicherer Begründung den Arbeitsunterricht vom sozialistischen und zugleich pädagogischen Standpunkte aus würdigt.

„Arbeit heißt der Seiland der neueren Zeit“, so ruft Dietgen aus und widerlegt damit alle die törichten Verleumdungen, die der Sozialdemokratie Liebe zur Faulheit unterstellen. Arbeiten wollen wir auch in Zukunft, denn die Arbeit gehört zum Menschen wie das tägliche Brot. Es gibt für einen Gefangenen keine qualendere Strafe, als wenn man ihm die Arbeit entzieht. Die Arbeit hat die Menschheit zu dem gemacht, was sie heute ist, sie steht am Anfang der kulturellen Entwicklung, sie hat die Kultur bis auf die heutige Höhe geführt. Die Arbeit wird auch die Erlösung der Menschheit aus ihrer heutigen ökonomischen und geistigen Unfreiheit bewirken. Aber die Arbeit, die Praxis, muß von der künstlichen Trennung von ihrer geistigen Wesenheit, von der Theorie, zu der sie jahrtausendlang gezwungen worden ist, befreit werden. „Wissenschaft und Handwerk“, heißt es bei Dietgen, „Kopf- und Handarbeit sind nur zwei verschiedene Gestalten derselben Wesenheit.“ Im Kind ist die Trennung noch nicht vorhanden. Für das Kind ist kein scheinbar müßiges Spiel eine wichtige, ernste Arbeit, und bei diesem Spiel, bei dieser Arbeit arbeiten Kopf und Hand, Theorie und Praxis, gemeinsam. Später erst tritt durch die heutige unnatürliche Erziehungsmethode die Trennung ein. Die Schule stopft den Kopf mit abstraktem Wissen voll, die Hand und der Körper werden entweder frühzeitig durch die Fron des Kapitalismus verhärtet, zermüht und einseitig verbildet, oder diese Ausbildung bleibt völlig dem Zufall überlassen. Das bisherige anhaltende, das im Lehrplan der heutigen Schule enthalten ist, erfolgt in keiner Weise die durch einen Arbeitsunterricht, der nach Möglichkeit im Freien stattzufinden hätte, in Gemein-

schaft mit einem planmäßigen gymnastischen Unterricht bewirkte allseitige körperliche Ausbildung. Die sozialistische Erziehung wird bei dem Spiel der ersten Kinderjahre anknüpfen und von hier aus die Jugend — ohne Trennung der Geschlechter — planmäßig in den Gebrauch der Werkzeuge, von den einfachsten bis zu den kompliziertesten, einführen. Sie wird dadurch den Kindern eine Art ABC der Arbeit beibringen, durch das sie — wie das übliche ABC die Fähigkeit des Lesens, Lernens, Studierens erschließt — die Fähigkeit des „Arbeitens“ in allen Produktionszweigen erlernen, durch das sie ferner die soziale Arbeit in ihrer Bedeutung „lesen“, d. h. in ihrer Bedeutung erkennen lernen, so daß sich der Einzelne nach freier Wahl und auf Grund genauer Kenntnis seiner Leistungsfähigkeit für einen Lebensberuf entscheiden kann. Jeder wird dann den Platz innerhalb der sozialen Arbeitsgemeinschaft einnehmen, der seiner körperlichen und geistigen Veranlagung am besten entspricht. Das „Verfehlen“ des Berufes ist dadurch ausgeschlossen; ebenso ist die Verachtung des einen Berufs durch den andern unmöglich, da jeder Beruf nützlich ist und ein jeder Mensch auf Grund seiner Erziehung die Schwierigkeiten, Vorzüge und Nachteile des andern Berufs zu würdigen weiß. Dadurch wird aber auch zugleich das Kind planmäßig in das Wesen und in den Zusammenhang des gesamten Produktionsprozesses, der Grundlage der sozialen Organisation, eingeführt, und es vermag auch das für den heutigen Menschen sinnverwirrende Räuberwerk des sozialen Organismus zu übersehen. Außerdem lernt das Kind nur durch die praktische Arbeit das Wesen der Dinge kennen, wie Robert Seidel ganz zutreffend in seiner erwähnten Schrift ausführt. . . .“

Wenn der Sozialismus die Erziehung in der dargestellten Weise umformen will, so geht daraus hervor, daß er der Erziehung eine weit höhere Bedeutung einräumt, als ihr bisher zuerkannt worden ist. Sie wird für ihn zu einer der vornehmsten Pflichten der Gemeinschaft freier Arbeiter, die die zukünftige sozialistische Gesellschaft darstellt, zu einer Pflicht, für die die besten Mittel der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden müssen. Aber es handelt sich dabei doch nicht etwa um einen unnatürlichen Zwang, der auf die Kinder ausgeübt wird, sondern die Kinder werden im Gegenteil froher und freier atmen, spielen, lernen, arbeiten, als dies jemals zuvor der Fall gewesen ist. Und indem sie durch ihre Arbeit schon Werte für die Gesellschaft produzieren, werden in ihnen frühzeitig die Gefühle der Selbstachtung und der Unabhängigkeit erwachen, Gefühle, die wir schon bei Kindern wünschenswert; denn wir wollen nicht die Jugend zu gehoramen und willenlosen Subjekten einer ihnen gewaltsam aufgebrachten fremden Autorität erziehen, sondern schon im Kindesalter wir den Menschen, der das Recht hat, sich im Rahmen der sozialen Gemeinschaft zu seiner vollen und schönen Individualität zu entwickeln.

Rundschau.

Der Reichstag wird seine Sitzungen am 22. November wieder aufnehmen. In der ersten Sitzung werden kleine Vorlagen und Petitionsberichte beraten werden. Alsdann wird in der weiteren Behandlung des am Schluß des letzten Tagungsabschnittes unerledigt gebliebenen Gesetzesentwurfs eingetreten werden. Wahrscheinlich wird einer der ersten Gegenstände die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über die Majestäts-Beleidigungsparagraphen sein.

Die Sozialdemokratie Württembergs und das geplante Reichsvereinsgesetz. Die württembergischen Genossen nahmen auf ihrer Landeskonferenz auch Stellung zum geplanten Reichsvereinsgesetz und beschlossen folgende Resolution:

„Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs beschließt:

Die Sozialdemokraten Württembergs sind bereit, die Bestrebungen zur reichsgesetzlichen Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes nach jeder Richtung zu unterstützen.

Die Landesversammlung erklärt jedoch mit besonderem Nachdruck, daß nur ein freies Gesetz, das die Bürger bei Vertretung ihrer politischen und sozialen Interessen in keiner Weise behindert und daher auch nicht zur Unterdrückung einer Klasse oder einer politischen Richtung mißbraucht werden kann, den Bedürfnissen des Volkes genügt. Sie fordert daher als Grundlage eines solchen Gesetzes mindestens die Anerkennung der Rechte des Volkes in dem Umfang, wie sie ihm durch den bestehenden rechtlichen Zustand in Württemberg garantiert sind.

Sie spricht deshalb auch die Erwartung aus, daß die württembergische Regierung im Bundesrat darauf hin-

* Wir entnehmen diese Ausführungen der Foesen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienenen Broschüre: Sozialdemokratie und Schule von Heinrich Schulz. Preis 75 Pfg., Agitationsausgabe 30 Pfg.

arbeiten wird, daß diese in Württemberg durch die politische Geschichte von Jahrzehnten bewährte Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes zur Grundlage des gesetzgeberischen Vorgehens im Reich genommen wird, auf keinen Fall aber eine Verschlechterung des württembergischen Zustandes erfolgt.

Die Landesversammlung erwartet ferner von der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstag, daß sie bei den Beratungen des zu erwartenden Entwurfes eines Reichsvereinsgesetzes ihre ganze Kraft einsetzt, um nicht nur ein einheitliches, sondern auch ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht für das ganze Reich zu schaffen.

Staatliche Wohnungsfürsorge. Die Preussische Gesetzsammlung veröffentlicht das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind und von gering besoldeten Beamten. Mit diesem Gesetz wird der preussischen Regierung ein weiterer Betrag von 15 Millionen Mark zu dem erwähnten Zweck zur Verfügung gestellt.

Schon seit einer Reihe von Jahren sind der preussischen Regierung vom Landtage zu diesem Zwecke Kredite bewilligt worden. Diese Kredite haben jetzt mit den neuesten 15 Millionen die Summe von 104 Millionen Mark erreicht. Die einzelnen Verwaltungen hatten sich entsprechend der Zahl der in ihnen beschäftigten Arbeiter und gering besoldeten Beamten an dem Verbrauch in recht verschiedener Weise beteiligt. Voran stand die Eisenbahnverwaltung, auf die nicht weniger als 59,5 Millionen Mk. gekommen waren. Ihr folgte die Verwaltung des Innern, deren Angestellte erst später als die der übrigen Verwaltungen in dieses Tätigkeitsgebiet gezogen wurden. Auf sie waren 14,1 Millionen verwendet. Die Bergverwaltung hatte 11,3 und die Bauverwaltung 0,7 Millionen Mark in Anspruch genommen. Die staatlichen Kredite werden teils zu eigenen Bauten, teils zu Darlehen an Baugenossenschaften usw. verwendet. Von den zu Anfang Oktober 1906 festgelegten Summen waren für den ersteren Zweck 49,1 und für den letzteren 35,5 Millionen Mark verwendet worden. Staatseigene Wohnungen waren rund 11 000 erbaut, und für 10 000 genossenschaftlich erbaute Wohnungen waren die Gelder hergegeben worden. Bis zum Beginn des Oktober 1905 hatte dieser Zweig der staatlichen Tätigkeit die Erbauung von rund 21 000 Wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte zum Ergebnis gehabt. Inzwischen sind natürlich weitere Wohnungsbauten gefördert worden. Nachdem das neue Gesetz erlassen ist, können auch die in Aussicht gestellten Gelder bewilligt werden.

Gewisse Mütter machen von dieser staatlichen Wohnungsfürsorge ein großes Aufheben. Man konstruiert daraus einen Beweis, „wie trefflich der Staat für seine Arbeiter und kleinen Beamten sorgt“. Genau betrachtet, handelt es sich doch nur um eine relativ geringfügige Leistung. Und auch von dieser Leistung würde man wohl noch nicht reden können, wenn der Staat selbst nicht ein Interesse daran hätte, seine Arbeiter und kleinen Beamten in der Nähe seiner Betriebe anzusiedeln. Daraus ergeben sich für die, die diese „Wohltat“ genießen, nicht gerade die angenehmsten Verhältnisse. Vor allen Dingen sind sie an den staatlichen Betrieb stärker gebunden. Und umsonst bekommen sie die Wohnungen auch nicht. Vater Staat schenkt ihnen nichts. Die Fürsorge geht mit auf ihre Kosten.

Meritale Sozialpolitik. Auf dem Zentrumsparlament für den Regierungsbezirk Koblenz hat der Abgeordnete Giesberts eine Rede über die politische Lage gehalten. Bezüglich der Sozialreform meinte er: „Den angelegentlichsten sozialpolitischen Gesetzen gegenüber wird das Zentrum, seiner Vergangenheit gemäß, auf dem Posten sein. Bei der Reform der Versicherungsgeetze werden die kleinen Leute aus dem Bauernstande den größten Schaden davon haben, wenn die 25prozentigen Unfallrenten beseitigt würden. Eine Rückwärtsrevidierung der Versicherungsgeetze darf es nicht geben. Wenn etwas geschieht, muß eine Verbesserung eintreten. Nach allen angelegentlichsten Richtungen hin werden wir den Blockleuten scharf auf die Finger sehen.“

Es ist ja recht anerkennenswert von Herrn Giesberts, daß er bezüglich der sozialpolitischen Geetze auf dem Posten sein will. Aber da er gerade von der Beseitigung der 25prozentigen Unfallrenten spricht, so möchten wir ihm raten, bei dieser Gelegenheit nicht nur den Blockleuten, sondern auch den Zentrumsleuten recht scharf auf die Finger zu sehen. Denn die Personen, die in dieser Frage sich als die lautesten Schreier gebärden, sitzen nämlich in der Partei des Herrn Giesberts, im Zentrum.

Die Witwen- und Waisenversicherung. In der letzten Zeit sind, auch von bürgerlichen Blättern, starke Zweifel daran ausgesprochen worden, ob die Witwen- und Waisenversicherung überhaupt zur Einführung kommen werde. Diesen Zweifeln wollen die offiziellen Berliner Politischen Nachrichten mit folgenden Ausführungen begegnen:

„Es kann zwar niemand die Geschichte eines Gesetzentwurfs voraussagen; daß aber die verbündeten Regierungen einen solchen Entwurf vorlegen werden, daran ist nicht zu zweifeln. Die Vorarbeiten dazu sind schon bald nach dem Erlaß des Zolltarifgesetzes am 25. Dezember 1902, in dem sich die bekannte Bestimmung über die Verwendung der Mehreinnahmen aus bestimmten landwirtschaftlichen Zöllen für diese Versicherungsart befindet, eingeleitet worden. In der Zwischenzeit sind sie beträchtlich gefördert worden. Nun bestimmt das Zolltarifgesetz, daß, wenn bis zum 1. Januar 1910 ein Gesetz über die Witwen- und Waisenversicherung nicht in Kraft getreten sein würde, die Zinsen der inzwischen angesammelten Mehreinnahmen sowie diese selbst den Invalidenversicherungsanstalten nach Maßgabe der von ihnen im vergangenen Jahre angebrachten Versicherungsbeiträge für Zwecke der Witwen- und Waisenversorgung der bei ihnen Versicherten überwiesen werden sollten. Es würde also in dem bezeichneten Eventualfalle in das Belieben der Versicherungsanstalten gestellt sein, die Witwen- und Waisenversorgung auszubilden, wie sie beispielsweise bereits für die Seelente besteht. Es darf aber als gewiß angesehen werden, daß von der Regierung einer solchen Regelung der Frage eine durch Gesetz einheitlich und nach den Wünschen der Gesetzgebungskörper ausgestaltete Witwen- und Waisenversorgung vorgezogen wird. Wann nun der betreffende Ent-

wurf in legislatorische Behandlung genommen werden wird, ist noch nicht sicher. Man muß dabei einmal bedenken, daß die Absicht bestand, die Witwen- und Waisenversicherung gleichzeitig mit der Vereinheitlichung des gesamten staatlichen Arbeiterversicherungsrechts einzuführen, wie dies ja auch der Zweckmäßigkeit entspricht. Diese Vereinheitlichung aber hat außerordentlich umfangreiche Vorarbeiten nötig gehabt. Sodann ist zu erwägen, daß der nächste Tagungsabschnitt des Reichstags bereits mit einer Fülle von Beratungsmaterial belastet ist. Ob es nach den zahlreichen Vorlagen, die dem Reichstage noch aus dem letzten Tagungsabschnitt vorliegen, und neben denen, die vom Bundesrat bereits genehmigt sind und demnächst noch genehmigt werden, um dann dem Reichstage überreicht zu werden, tatsächlich angebracht sein wird, auch einen Gesetzentwurf von solcher Bedeutung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung noch einzubringen, wird abgewartet werden müssen. Jedenfalls darf damit gerechnet werden, daß spätestens in der Reichstagstagung 1908/09 der Entwurf über die Witwen- und Waisenversorgung vorgelegt werden wird. Dieses wäre der späteste Termin, wenn das neue Gesetz, wie es das Zolltarifgesetz verlangt, bis zum 1. Januar 1910 in Kraft gesetzt werden soll.“

Wahlrechtstilberlinge für Arbeiterverrat! In Dresden feierte der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter, der nach eigenem Eingeständnis früher einmal 150 Mitglieder zählte, seitdem aber etwas zurückgegangen ist, dieser Tage mit großem Tamtam sein 25jähriges Bestehen. Zu dieser bei der „Größe“ und „Bedeutung“ des Vereingens gewiß weiterentwickelnden Begebenheit hatten sich auch der Herr Kreisauptmann Rumpelt und der Herr Legationsrat v. Rositz-Ballwitz (der konservative „Nebenregierungsredner“) sowie einige Professoren eingefunden. Nicht uninteressant sind die Ausführungen, die der Kreisauptmann bei dieser Gelegenheit machte. Er führte unter anderem aus, Deutschland habe mehr als jeder andre Staat in sozialpolitischer Hinsicht getan. Die Fürsorge für die deutsche Arbeiterschaft müsse aber „noch mehr“ ausgestaltet werden. Nachdem er darauf hingewiesen, daß ein Vertreter der Girsch-Dunderschen in der Rechtsauskunftsstelle sitze (die nebenbei in Dresden gegründet worden ist als eine „Konkurrenz“-Institution gegenüber dem vom Gewerkschaftskartell vor einigen Jahren gegründeten Arbeitersekretariat der freien Gewerkschaften), kam er auf das Landtagswahlrecht zu sprechen. Er führte aus: „Die sächsische Staatsregierung habe Proportionalwahlen für den Landtag geplant, die es den Gewerksvereinen ermöglichen sollen, ihre Vertreter auch in den Landtag zu schicken.“

Das ist ja sehr nett: Also aus dem Grunde, um den Girsch eine Vertretung im Landtag zu „sichern“, ist das Proportionalwahlrecht in dieser Form im Hohenthalischen Wahlrechtentwurf vorgesehen! Das sieht der sächsische Regierung mal wieder so recht ähnlich; die paar Girsch und andern Arbeiter, die man als Renommierarbeiter gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften braucht, werden gehätschelt und hofiert; die moderne Arbeiterbewegung, die die Hunderttausende von Arbeitern hinter sich hat, wird brüskiert und schikaniert. Das nennt man dann sächsische Staatskunst!

Uebrigens würden sich die gesamten Arbeiter wohl die Kosten leisten können: Ein Mandat würden sie, wenn das Hohenthalische Produkt Gesetz werden sollte, schwerlich bekommen, dazu haben sie denn doch zu wenig Boden in Sachsen gefunden.

Die Arbeiter und die Wissenschaft. Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt:

„Die starke Entwicklung der Gewerkschaften, besonders in den Großstädten, schafft ihnen die Voraussetzung, nicht bloß regelnd in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugreifen, sondern ihr Wirken auch in höherem Maße der geistigen Hebung der Arbeiterschaft zuzuwenden. Die Einrichtung von Bildungsschulen, Bildungsausschüssen, die Unterrichts- und Vortragskurse, Kunstabende, volkstümliche Konzerte und Theateraufführungen veranstalten, legt davon ein gutes Zeugnis ab. Es kann daher nicht wundernehmen, daß auch die Leiter wissenschaftlicher und künstlerischer Institute immer mehr ihr Augenmerk auf die organisierte Arbeiterschaft richten und den Gewerkschaften ein größeres Entgegenkommen zeigen. In welchem Maße die Arbeiterschaft für die Erhaltung wissenschaftlicher Institute wirken kann, beweist ein Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission für den Umbau der Treptower Sternwarte, der 270 000 Mk. erfordert, einen Beitrag von 80 000 Mk. durch feste Uebernahme von 100 000 Eintrittskarten zur Verfügung zu stellen. Die Direktion der Sternwarte wird dafür außerdem für unentgeltliche Lichtbildervorträge in größeren Sälen sorgen. Die Berliner Gewerkschaften haben damit ein wirkliches Rettungswerk getan, denn die unschätzbaren Einrichtungen und Sammlungen der Sternwarte, die zurzeit in einer elenden Bude untergebracht sind, standen in Gefahr, durch Witterungsunbilden zerstört zu werden. Sie haben damit zugleich die noch während der jüngsten Reichstagswahlen vom Reichslügenverband verbreitete Legende zerstört, daß die Sozialdemokratie die Kultur vernichte.“

Ein Berliner bürgerliches Montagsblatt bemerkt hierzu: Die Redaktion des Korrespondenzblattes hat vollkommen recht. Sie gibt sich aber einer Täuschung hin, wenn sie annimmt, daß staatsbehaltende Legenden so leicht zu zerstören seien. Der Reichslügenverband kümmert sich den Teufel um alle tatsächlichen Widerlegungen seiner gewissenlosen Behauptungen, und er hat dies auch nicht nötig, da er hauptsächlich auf die Dummheit derjenigen spekuliert, welche die verlogene Block- und Amtspresse lesen und selbst faustdicke Lügen glatt hinunterwürgen. Er braucht auch nicht zu befürchten, daß die Machthaber von heute sich seiner erbärmlichen Kampfmethode schämen. Ihnen ist alles recht, was irgendwelchen Erfolg verspricht. Der schlechte Zweck heiligt in ihren Augen selbst die nichtswürdigsten Mittel.

Berichte.

Herford. Die Bielefelder Volkswacht schreibt: Der beleidigte Herr Köss. In der Nr. 111 vom 15. Mai brachten wir folgenden Artikel: Herford, 12. Mai. Herr Köss, der christliche Sekretär des christlichen Tabakarbeiterverbandes, hat auf einer Konferenz in Herford erklärt, an der schlechten Entwicklung des

christlichen Verbandes hier in Westfalen sei der Terrorismus der freien Verbände schuld. Daß Herr Köss diese Behauptung in gutem Glauben ausgesprochen hat, ist ausgeschlossen. Gerade er weiß ganz genau, daß nicht die Christlichen unter dem Terrorismus der Freien leiden, sondern daß gerade das Umgekehrte der Fall ist. Wie müssen sich unsere Mitglieder auf den Dörfern, wo die Christlichen die erste Geige spielen, in acht nehmen. Keine Wohnung, kein Hofhaus behalten sie, sobald man erfährt, daß sie im freien Verbands sind. Die Pastoren, wir erinnern nur an Dünne, bearbeiten sie, um sie dem freien Verbands abspenstig zu machen. Krügervereine, Behörden, wir erinnern nur an den Amtmann von Enger, alles terrorisiert, und die Christlichen haben gegen diesen Terrorismus zu ihren Gunsten nichts einzubringen. Herr Köss sucht aber gewiß keinen hinter dem Ofen, wenn er nicht schon selbst dahinter gefessen hat. Es sind einige Jahre her, da wurde in Orsoi, dem früheren Schauplatz von Kössens Tätigkeit, den freiorганиzierten Tabakarbeitern das Lokal durch die edlen Christen abgetrieben. Als nun die Freien ein andres Lokal erhielten, und die erste Mitgliederversammlung darin stattfand, formierten sich die Christen zu einem Zuge, und Kösschen, der nebenbei auch noch Musikant ist, nahm eine Trompete zur Hand, stellte sich an die Spitze seiner schwarzen Schar, marschierte zum Verbandslokale der Freien und drang unter Tuten und Blasen in das Versammlungszimmer ein, um die Versammlung der Freien zu sprengen. Doch hier wurden die tapferen Helden in Christo schnell an die Luft gesetzt. In ihrem Mergel überfielen sie dann abends den zweiten Bevollmächtigten der Freien, dem sie auf-lauerten, und verprügelten den einzelnen Mann. Bei der polizeilichen Vernehmung erklärte dann der Bürgermeister: „Die Freien haben sich anständig benommen, ihr Christlichen habt euch aber betragen wie die Schweine. Ihr solltet euch schämen.“ Derselbe Herr Köss kommt jetzt nach Westfalen und magt es, seinen Gegnern Terrorismus vorzumwerfen! Ob er sich die Trompete von damals nach hier mitgebracht hat? Gewiß, dergleichen Pöpsel wird er hier nicht treiben können, dazu sind die westfälischen Zigarrenmacher nicht mehr zu gebrauchen. Würde Köss aber auch nur einen einzigen Fall von Terrorismus der Freien zu nennen, wozu ein Geschrei würde er erheben! Da kennen wir den Mann doch zu gut. Köss war darob zum Rabi gelaufen und hatte wegen der Behauptung, daß er an der Spitze gestanden und daß die Christen den zweiten Bevollmächtigten des freien Tabakarbeiterverbandes verprügelt haben sollten, Klage gegen unsern verantwortlichen Redakteur Max Sachs erhoben. Am vorigen Mittwoch wurde die Sache vor dem Schöffengericht Herford verhandelt. Vor Eintritt in die Verhandlung wurde ein vom Vorsitzenden vorgeschlagener Vergleich von Herrn Köss abgelehnt. Sachs bestritt zunächst, daß die zweite unter Anklage gestellte Behauptung auf Herrn Köss Bezug gehabt habe. Das Gericht entschied, daß man nach dem Wortlaut des Artikels annehmen müsse, daß auch der zweite Punkt auf Köss Bezug nehme. Sachs erklärte nunmehr, den Beweis der Wahrheit antreten zu wollen. Zeuge von Leien, der damals verprügelt, 35 Jahre alt, katholisch, sagt folgendes aus: Die Mitglieder des freien Verbandes hatten mit Mühe ein Lokal bekommen. Wir hielten eine Versammlung ab, als die Christlichen in das Lokal einbrachen. Beim Einbringen wurde auf einem Horn geblasen. Als ihnen eröffnet wurde, daß ihr Verweilen mit Rücksicht auf das Tuten nicht gebuldet werden könne, habe man Hilger ins Gesicht geschlagen. Hilger gehört zum freien Verbands. Hierauf wurden die Eindringlinge hinausgeworfen. Zwei Tabakarbeiter, Schneider und Kettler kamen dann gegen 7 Uhr, ich weiß nicht ob allein, nach meinem Hause und riefen: „Moter Schweinehund, wenn Sie was wollen, dann kommen Sie heraus.“ Ich ging hinaus, wurde gefaßt und in die Gasse geworfen. Köss spielte eine große Rolle im christlichen Verbands. Hierauf versuchte der Vorsitzende einen Vergleich, da ein Beweis der Wahrheit auf die Sache da sei. Der Versuch scheiterte. Zweiter Zeuge ist Reising aus Orsoi, 27 Jahre alt. Wir hatten eine Versammlung und hörten plötzlich großen Lärm auf einem Masinenturm. 5-6 Mann, darunter der christliche Vorsitzende Gahn, waren in der Wirtschafft. Köss und sein Vater waren mit dabei. Ich kam zu dem Schluß, daß dieselben hören wollten. Der Grund zu diesem Schluß liegt darin, daß einer davon sagte: „Sie wären gereizt worden.“ Gahn schimpfte und es wurde geschlagen. Wer zuerst geschlagen hat, kann ich nicht sagen. Köss wurde von seinem Vater und seiner Mutter hinausgezogen, wogegen er sich sträubte. Köss erklärt hierauf, das Vorgehen seiner Kollegen damals verurteilt zu haben. Der Richter rät hierauf Herrn Köss zu einem Vergleich, da es sich doch bei dem ganzen Prozeß nicht um die Person, sondern um die Sache handle. Die Volkswacht habe beweisen wollen, daß Terrorismus von den Christlichen in Orsoi verübt worden sei. Der Vertreter des Herrn Köss erklärte, auf die Befundungen der Zeugen nicht vorbereitet zu sein und gibt neue Zeugen an. Wegen des Terrorismus wolle er alle beteiligten Mitglieder des christlichen Verbandes von Orsoi heranziehen. Zugleich beantrage er die Vertagung, weil Tatsachen bekundet worden seien, die ihm nicht vorher bekannt waren, außerdem verlange er die Ladung einer Reihe neuer Zeugen. Da es dem Beklagten nur darauf ankam, zu beweisen, daß Köss, als der Lärm verübt wurde, im Lokal anwesend war und daß von christlicher Seite Terrorismus verübt wurden, die Beweisaufnahme aber nicht ergeben habe, daß er persönlich Nadau gemacht hat, so kam auf Zureden des Richters ein Vergleich zustande, der in der Volkswacht und im Tabakarbeiter veröffentlicht wird. Der Vergleich lautet: Ich gebe zu, daß ich dem Verbandssekretär Fritz Köss nicht nachweisen kann, daß er persönlich an Allen des Terrorismus, die etwa von Angehörigen des christlichen Verbandes im Jahre 1900 in Orsoi verübt worden sind, beteiligt gewesen ist.

Herzberg a. E. Als eine Schweregeburt scheint die neue Zigarettenfabrik das Licht der Welt erblicken zu sollen. Bereits am 1. Oktober sollte der Betrieb eröffnet werden, heute soll er es ebenfalls noch und man weiß immer noch nicht, wann es endlich geschehen wird. Die Schuld an der Verzögerung soll daran liegen, daß sich nicht genügend weibliche Arbeitskräfte gefunden haben. Der oberste Unternehmer geben sich die größte Mühe, Arbeiterinnen heranzulösen. Es wird vorgerechnet, daß eine Arbeiterin im Afford bis zu 15 Mark verdienen kann. Wie die Lokalpresse zu berichten weiß, liegen zu Weihnacht starke Aufträge vor. Wer es nicht glaubt, läßt es bleiben. Ob man aber trotz aller Anpreisungen und Aufforderungen die fehlenden Kräfte heranzubringen wird, ist noch mehr als zweifelhaft.

Kirchheim. Am 6. Oktober fand hier im Pfälzer Hof die monatliche Mitgliederversammlung statt, die schlecht besucht war. Tagesordnung: 1. Wahl eines dritten Bevollmächtigten; 2. Abrechnung vom 3. Quartal; 3. Anschluß an das Gewerkschaftskartell Heibelberg; 4. Verschiedenes. Zum dritten Bevollmächtigten wurde Kollege Karl Stoll einstimmig gewählt. Kollege Schlenker verlas die Abrechnung, die von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Der Anschluß an das Gewerkschaftskartell wurde von den Mitgliedern begrüßt und einstimmig angenommen. Zur Bestreitung der entstehenden Kosten für das Gewerkschaftskartell wurde beschlossen, einen monatlichen Ertragsbeitrag zu erheben, der für männliche Mitglieder 10 Pfg. beträgt, für weibliche 5 Pfg. Als Delegierter wurde gewählt der erste Bevollmächtigte Kuller, der für jede Sitzung eine Entschädigung von 75 Pfg. erhält. Zum 4. Punkt stellte Kollege Schlenker einen Antrag, zur Förderung der Agitation eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung abzuhalten, zu welcher sämtliche Gewerkschaften Kirchheims eingeladen werden sollen; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Kollege Hoch behauptete, daß die Mitglieder Kirchheims so wenig Interesse an der guten Sache haben und die Versammlungen so schlecht besuchten, wohingegen die Mitglieder von Saalhausen das schlech-

tefte Wetter nicht scheuen und in den Versammlungen vollständig erscheinen.

Oberhausen. In der hiesigen Zigarrenfabrik B. Albrecht waren Differenzen ausgebrochen. Die Kommission der Arbeiter bahnte verschiedene Unterhandlungen mit dem Fabrikanten an, die jedesmal scheiterten an der Hartnäckigkeit des Fabrikanten. So auch die letzte Unterhandlung. Am Mittwoch, 9. Oktober, erklärte der Fabrikant B. Albrecht, wer nicht einverstanden sei, könne sich um andre Arbeit umsehen. Die Kommission machte ihren Kollegen hiervon Mitteilung. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit den neuen Vorschriften des Fabrikanten nicht einverstanden und legten am Donnerstag die Arbeit nieder. Der Meister genannter Fabrik, der zwei Jahre im Betriebe angestellt ist, erklärte bei seinem Eintritt den Arbeitern gegenüber: Wenn ich erst drei Monate da bin, dann wird der Verband hier nicht mehr sein, den kriege ich schon kaputt! Jetzt aber ist der Meister schon zwei Jahre im Betriebe und eine Zahlstelle der Tabakarbeiter Deutschlands besteht in Oberhausen noch immer. Am vergangenen Sonnabend machte der Meister gegenüber dem Behrmädchen folgende Aeußerung: Wenn die Zigarrenmacher erst kein Geld mehr haben, dann kommen sie schon und fragen nach Arbeit. Jetzt scheint der Meister vergessen zu haben, daß die Tabakarbeiter Oberhausens organisiert sind im Deutschen Tabakarbeiterverband, von dem sie Unterstützung beziehen, womit sie eine Zeitlang auskommen und nicht um Arbeit betteln brauchen.

Vereinstell.

Deutscher Cabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Cabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederwolland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an Emil Silken, Altona-Ottensen, Schmel-Pfeisenstr. 1. I. zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das Mitglied Herrn Linnenbröcker aus Blotho, eingetr. am 15. 9. 07, S. I, Nr. 86428, Kl. III, ist von Lübeck, ohne sich abgemeldet zu haben, abgereist. Linnenbröcker muß 1.— Mk. Strafe zahlen.

Der Vorstand.

Vom Vorstände sind ernannt:

Für Altlußheim: Heur. Jung als 1. Bev., Matthias Brückelmeier als 2. Bev., Jakob Huber als 3. Bev.; Georg Bühler, Eva Schmechmeier als Kontrolleure.

Für Barntrup: Gerh. Diekmann als 2. Bev. — An diesen sind alle Zuschriften zu senden.

Für Halberstadt: Karl Uerich als 1. Bev.
Für Hamburg: W. Sander als 1. Bev., L. Ruhlheber als 3. Bev.; F. Ausborn, Th. Horn als Kontrolleure.

Vom 4. bis 12. Oktober 1907 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

| | M | S | | M | S |
|--------------------|--------|---|------------------|--------|---|
| 1. Oktober. | | | 8. Oktober. | | |
| Frankfurt a. M. | 9.50 | | Connewitz | 30.— | |
| 4. Emmerich | 200.— | | 8. Minden i. W. | 253.50 | |
| 7. Brandenburg | 150.— | | 8. St. Ludwig | 58.26 | |
| 7. Bernburg | 23.50 | | 8. Kahlä | 58.— | |
| 7. Ottenen | 600.— | | 9. Kleinhausen | 90.— | |
| 7. Prenzlau | 200.— | | 9. Scharnbeck | 23.80 | |
| 7. Parel | 30.— | | 9. Fußgönheim | 15.60 | |
| 7. Barmbeck | 482.50 | | 9. Halberstadt | 196.90 | |
| 7. Lemgo | 99.— | | 9. Stötteritz | 94.10 | |
| 7. Seesen | 40.— | | 9. Driesen | 5.90 | |
| 7. Birna | 100.— | | 9. Lübeck | 253.38 | |
| 8. Hohenheim | 12.30 | | 9. Roßwein | 100.— | |
| 8. Rintheim | 11.80 | | 9. Hahloch | 90.— | |
| 8. Oppeln | 10.— | | 9. Burgsteinfurt | 20.— | |
| 8. Bischofswerda | 15.— | | 9. Schutternwald | 62.14 | |
| 8. Neulübbe | 51.20 | | 10. Bremen II | 150.— | |
| 8. Seiffenhersdorf | 136.80 | | 10. Burgdamm | 150.— | |
| 8. Liebshwiz | 135.70 | | 10. Rheda | 45.— | |
| 8. Briteg | 36.— | | 10. Lorch | 127.83 | |
| 8. Ostersheim | 25.80 | | 10. Hannover | 200.— | |
| 8. Orlau | 186.20 | | 10. Lauenburg | 90.— | |
| 8. Lübben | 9.— | | 10. Mannheim | 10.20 | |
| 8. Neberan | 16.80 | | 10. Offenburg | 28.70 | |
| 8. Dggersheim | 80.— | | 10. Schwertn | 165.50 | |
| 8. Scheubitz | 50.70 | | 11. Dahme | 70.40 | |
| 8. Hesserode | 140.— | | 11. Goslar | 16.60 | |
| 8. Genthin | 1.80 | | 11. Langendreer | 3.30 | |
| 8. Leimen | 104.— | | | | |

B. Freiwillige Beiträge:

| | |
|--|-------|
| 7. Lemgo, durch Ernst Weinert | 1.— |
| 8. Schwedt a. O., durch H. Walsströme | 42.65 |
| 9. Altona a. E., R. Hackeler | 360.— |
| 10. Altenheim, durch P. Haberer | 3.— |
| 10. Meienheim, durch P. Haberer | 2.20 |
| 10. Klein-Aubeim, durch Simon, vom Kartell | 10.— |
| 10. Klein-Aubeim, durch Simon, vom Soz. Verein | 25.— |

C. Für Annoncen:

| | |
|--|--------|
| Hunnebrock, durch Brinkmann | 1.25 |
| Berichtigung: In Nr. 40 des Tabakarbeiter muß es heißen Verbands- und Extrabeiträge sandten ein: | |
| Wiesed, durch Schnell | 533.70 |
| Wismar, " " | 59.05 |
| Kroitorf, " " | 110.— |
| Altenbusch, durch Schnell | 18.30 |
| Heudelheim, " " | 199.50 |
| Steinberg, " " | 27.10 |
| Wegberg, " " | 8.— |
| Launsbach, " " | 80.— |
| Groß-Kinden, " " | 47.— |
| Garbenteich, " " | 41.50 |
| Lollar, " " | 27.80 |
| Gießen, " " | 70.— |

In Nr. 41 ist die unter Mühlhausen quittierte Summe Extra-beitrag.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Einige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Eruche die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind. Bremen, den 12. Oktober 1907. W. Niederwolland, Kassierer.

Die Bevollmächtigten werden hierdurch aufmerksam gemacht, daß die Einnahmen für Extra-Marken in den Quartalsabrechnungen als Einnahme, und die eingekaufte Gelder

für Extra-Marken gleichfalls als an den Vorstand gesandt in die Ausgabe einzustellen sind. Es ist dieses auf alle Fälle zu berücksichtigen, damit keine Irrtümer entstehen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß nur die Gelder in die Abrechnung eingestellt werden dürfen, welche im Laufe des Quartals an uns eingekauft wurden. Also für das 3. Quartal vom 1. Juli bis 30. September.

Laut Beschluß des Vorstandes werden vom 1. Januar 1907 ab allwöchentlich die Zahlstellen bekannt gegeben, welche Wertzeichen erhalten und eruchen wir die Bevollmächtigten, dies zu beachten, und sind etwaige Reklamationen sofort zu machen, andernfalls das hier notierte als erhalten angesehen wird.

Es erhielten vom 7. 10. bis 12. 10. 07 folgende Zahlstellen Wertzeichen:

| | |
|--|--|
| 7. 10. 07. Klein-Aubeim. Marken Kl. I 400. | |
| Wassum. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Klein-Krobenburg. Marken Kl. I 400, Kl. III 800. Extra-Marken 100 a 30 Pfg. | |
| Trebbin. Marken Kl. I 1200. | |
| Burzen. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. IV 100. Extra-Marken 20 a 20, 50 a 30 Pfg. | |
| Rawitsch. Marken Kl. II 400, Kl. V 400. Extra-Marken 200 a 30 Pfg. | |
| Pegau. Marken Kl. V 100. | |
| Hanan. Marken Kl. II 400. | |
| Goldberg. Marken Kl. I 800, Kl. II 400, Kl. V 100. Extra-Marken 100 a 30 Pfg. | |
| Freiberg i. Sa. Marken Kl. I 800, Kl. II 800, Kl. III 400, Kl. IV 400, Kl. V 400. | |
| Braunschweig. Marken Kl. I 400, Kl. II 800, Kl. III 400, Kl. IV 800, Kl. V 400, Kl. VII 400. | |
| Bredstedt. Marken Kl. III 200. | |
| Büßburg. Marken Kl. I 200, Kl. II 200, Kl. III 400, Kl. V 100, Kl. VII 200. Extra-Marken 200 a 30 Pfg. | |
| Achim. Marken Kl. I 400, Kl. II 400, Kl. III 800, Kl. IV 400, Kl. VI 100, Kl. VII 100. Extra-Marken 200 a 30 Pfg. | |
| Burg. Marken Kl. II 200, Kl. V 100. | |
| Groß-Ähuden. Marken Kl. I 100, Kl. III 400. | |
| Bernigerode. Marken Kl. I 400, Kl. II 400, Kl. III 200, Kl. IV 400, Kl. V 400. | |
| 8. 10. 07. Hildesheim. Marken Kl. I 400, Kl. II 400, Kl. III 400, Kl. IV 200, Kl. V 200, Kl. VII 100. | |
| Orson. Marken Kl. III 400, Kl. IV 100, Kl. V 400. Extra-Marken 20 a 20, 100 a 30 Pfg. | |
| Karlsruhe. Marken Kl. I 200, Kl. II 200, Kl. IV 200. | |
| Potsdam. Marken Kl. III 400, Kl. IV 200, Kl. VII 100. Extra-Marken 20 a 20, 50 a 30 Pfg. | |
| Ladenburg. Marken Kl. I 100, Kl. II 400, Kl. III 200, Kl. VII 100. Extra-Marken 100 a 30 Pfg. | |
| Schwehingen. Marken Kl. II 800, Kl. IV 200, Kl. V 200. Extra-Marken 100 a 30 Pfg. | |
| Egersweiler. Marken Kl. II 100, Kl. III 100. | |
| Oberode. Marken Kl. III 400. | |
| Nirxheim. Marken Kl. III 200, Kl. IV 200. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Junsweiler. Marken Kl. V 100. | |
| Höbela. Marken Kl. I 1200. | |
| Wauzen. Marken Kl. III 400, Kl. IV 400, Kl. V 400, Kl. VI 200. Extra-Marken 50 a 20, 100 a 30 Pfg. | |
| Altona. Marken Kl. II 400, Kl. III 2000, Kl. IV 1200, Kl. V 800, Kl. VII 800. Extra-Marken 1200 a 30 Pfg. 50 Bücher. | |
| Brandenburg. Marken Kl. I 400, Kl. IV 200. Extra-Marken 100 a 20 Pfg. | |
| Seesen a. S. Marken Kl. III 200. | |
| 9. 10. 07. Dortmund. Marken Kl. I 200, Kl. III 100. | |
| Saßa. Marken Kl. I 1200, Kl. II 1200, Kl. III 800, Kl. IV 400, Kl. V 1600, Kl. VII 400. | |
| Kahlä i. S.-A. Marken Kl. I 400, Kl. III 100, Kl. IV 100. Extra-Marken 50 a 20 Pfg. | |
| Parel a. S. Marken Kl. IV 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Posen. Marken Kl. II 200, Kl. IV 200, Kl. V 200. Extra-Marken 100 a 30 Pfg. | |
| Oberode a. S. Marken Kl. I 400, Kl. V 200. | |
| Speyer. Marken Kl. I 400, Kl. II 4000, Kl. III 200, Kl. IV 200. Extra-Marken 400 a 30 Pfg. 50 Bücher. | |
| Breslau. Marken Kl. I 1200, Kl. II 3600, Kl. III 400, Kl. IV 800, Kl. V 200. | |
| Martha. Marken Kl. I 800, Kl. II 1200. Extra-Marken 50 a 20, 400 a 30 Pfg. | |
| Oranienbaum. Marken Kl. III 200. | |
| Öggersheim. Marken Kl. III 200, Kl. IV 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Naumburg. Marken Kl. IV 100. Extra-Marken 20 a 30 Pfg. | |
| Müncheberg. Marken Kl. II 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Ferden. Marken Kl. I 1200, Kl. II 1200, Kl. III 400, Kl. IV 800, Kl. V 400, Kl. VII 800. | |
| Altenburg. Marken Kl. I 400, Kl. II 400, Kl. III 400, Kl. IV 200. Extra-Marken 50 a 20, 100 a 30 Pfg. | |
| Ostersheim. Marken Kl. II 100, Kl. VII 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| 10. 10. 07. Altlußheim. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Bremen II. Marken Kl. II 1200, Kl. V 400, Kl. VII 800. Extra-Marken 800 a 30 Pfg. | |
| Burgdamm. Marken Kl. I 200, Kl. III 2000, Kl. IV 100, Kl. V 100. Extra-Marken 600 a 30 Pfg. 10 Bücher. | |
| Wendenburg. Marken Kl. IV 100, Kl. V 100. | |
| Wollersdorf. Marken Kl. I 100, Kl. II 100, Kl. IV 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Schwenditz. Marken Kl. III 100, Kl. IV 100. | |
| Seiffenhersdorf. Marken Kl. III 400, Kl. IV 100, Kl. V 100. Extra-Marken 10 a 20 Pfg. | |
| Wollensbüttel. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 20 a 20, 50 a 30 Pfg. | |
| Mannheim. Marken Kl. V 100, Kl. VII 100. | |
| Saßlach. Marken Kl. III 400. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Gandersheim. Marken Kl. III 800. Extra-Marken 100 a 30 Pfg. | |
| Leimen. Marken Kl. I 100, Kl. III 200, Kl. V 100. | |
| Pfungstadt. Marken Kl. I 800, Kl. II 100, Kl. IV 100. | |
| Hannover. Marken Kl. I 400, Kl. III 800, Kl. IV 200, Kl. V 200, Kl. VII 200. | |
| 11. 10. 07. Dahme. Marken Kl. I 400, Kl. II 800, Kl. III 200, Kl. IV 800, Kl. V 400. 40 Bücher. | |
| Deuben. Marken Kl. I 1200, Kl. II 1200, Kl. III 200, Kl. IV 200. 40 Bücher. | |
| Schnellmannshausen b. Eisenach. Extra-Marken 50 a 20, 50 a 30 Pfg. | |
| Groß-Ähuden. Extra-Marken 10 a 20, 100 a 30 Pfg. | |
| Lübeck. Marken Kl. III 400, Kl. IV 400. 40 Bücher. | |
| Mutterstadt i. Pf. Marken Kl. I 100, Kl. III 100. | |
| Stötteritz. Marken Kl. IV 100, Kl. V 100. | |
| Fußgönheim. Marken Kl. VII 100. | |
| Cölkeda. Marken Kl. III 100. | |
| Rintheim. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. | |
| Goch. Marken Kl. III 1200, Kl. IV 100, Kl. V 100, Kl. VII 100. | |
| Hesserode. Marken Kl. IV 100, Kl. V 100. | |
| Peine. Marken Kl. I 100, Kl. III 100, Kl. IV 100. Extra-Marken 20 a 30 Pfg. | |
| Barmbeck. Marken Kl. III 800, Kl. V 200, Kl. VII 100. | |
| Halberstadt. Marken Kl. I 400, Kl. II 800, Kl. III 200, Kl. V 800, Kl. VII 400. Extra-Marken 400 a 30 Pfg. | |
| Waldheim. Marken Kl. I 1600, Kl. II 1200, Kl. III 800. | |
| Ebingen. Marken Kl. II 400. | |
| Liebshwiz. Marken Kl. I 400, Kl. II 400. Extra-Marken 50 a 20 Pfg. | |
| 12. 10. 07. Aunsbach. Marken Kl. I 100, Kl. III 400. | |

| |
|---|
| Stdehausen. Marken Kl. III 400. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. |
| Schdorf. Marken Kl. III 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. |
| Einbeck. Marken Kl. III 100. |
| Lübben. Extra-Marken 20 a 20 Pfg. |
| Hildesheim. 40 Bücher. |
| Dortmund. Extra-Marken 10 a 20, 20 a 30 Pfg. |
| Winden a. E. Marken Kl. I 100, Kl. III 200, Kl. IV 100, Kl. V 100, Kl. VI 100, Kl. VII 100. Extra-Marken 50 a 30 Pfg. |
| Konneburg. Marken Kl. III 100, Kl. IV 100. |
| Seuchelheim. Marken Kl. I 1600, Kl. II 100. |
| Winden i. W. Marken Kl. I 2000, Kl. II 200, Kl. III 2800, Kl. IV 800, Kl. V 400, Kl. VII 100. Extra-Marken 200 a 20, 1200 a 30 Pfg. |
| Kreuzburg. Marken Kl. I 400. |

Provisorisch aufgenommen sind:

Gerhard Diekmann aus Gelbern, Karl Schröder aus Lippstadt, Eduard Renner aus Eilenburg, Karl Brüggemann, Fritz Brüggemann, Wilhelm Brüggemann und Heinrich Waltermann aus Barntrup. (448)

Maria Witte geb. Benclin, Fritz Steg, Hermann Wachholz, Otto Kofke, Arthur Bähr, Alfred Ritz aus Jastrow. (171)

Olga Kaupert aus Breslau, Pauline Büttner aus Striegau, Anna Seeliger aus Charlottenbrunn, Klara Woythal, Martha Ansförge aus Striegau. (302)

Herm. Kirchner aus Dahme, Olga Gläfer aus Ramenz. (202)

Paul Kurze aus Sommerfeld. (321)

Karl Schmidt, Karl Grunow, Rosalie Gottschalk aus Neudamm. (459)

Marie Krüger aus Hohenjesar, Martha Leopold, Emma Lauts, Anna Widert aus Frankfurt a. O. (101)

Michael Hoz, Elise Hirn, Paulina Schneé aus Ebingen. (87)

Selma Böhm aus Jauer, Emma Winkler aus Bilgramshain, Emma Nabe, Martha Kunik, Hedwig Geppert aus Striegau. (302)

Heinrich Heuer aus Winten a. L. (376)

Christiane Luhn, Margarete Rathgeber, Katharine Rathgeber, Margarete Arnold, Martha Luhn, Auguste Kühn, Katharine Meier, Justine Heß, Martha Becker, Martha Mengis, Pauline Becker, Marie Schwarz aus Schnellmannshausen. (?)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Adressen-Änderung:

Für Barntrup: Der 2. Bev. Gerhard Diekmann wohnt jetzt Burgstraße 229.

Für Goldberg i. Schl.: Der 1. Bev. Karl Kurfürst wohnt jetzt Ring 198. — Der 2. Bev. Friedrich Felger wohnt jetzt Reiflerstraße 138. — Der 3. Bev. Paul Sommer wohnt jetzt Friedrichstraße 253.

Für Jahorndorf: Der Kassierer Friedrich Schurr wohnt jetzt bei Adam Schreiner, Feuersee.

Für Schwehingen: Der 2. Bev. H. Eulgen wohnt jetzt Jähringer Straße 9.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Düsseldorf: Durch Lübeck, Lintensstraße 49, I. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9—11 Uhr vormittags.

In Osnabrück: Durch H. Blanke im Verkehrslokal Collegienwall 14. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends.

In Schwehingen: Durch H. Eulgen, Jähringer Straße 9. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Düsseldorf: Durch Gerh. v. Rodtel, Gerresheimer Straße 52, III. An Wochentagen von 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 9—11 Uhr vormittags.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)

In Barntrup: Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr, öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung im Lippischen Hof. Verbandsleiter Eberle wird in dieser Versammlung sprechen. — Sämtliche Tabakarbeiter Barntrups werden höflichst eingeladen. S. A.: Der Bevollmächtigte.

In Düsseldorf: Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Die Steuerbeurteilung und wie stellen sich die Tabakarbeiter dazu. 2. Verschiedenes. — NB. Die Bibliothekkommission muß um 10 Uhr erscheinen. S. A.: Der Bevollmächtigte.

In Magdeburg: Montag, den 21. Oktober, im Lokal des Herrn Gustav Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure und Wahl eines Kartelldelegierten. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Bericht vom Gewerkschaftskartell. 5. Verschiedenes. S. A.: Der Bevollmächtigte.

In Altona: Sonnabend, den 26. Oktober, abends 9 Uhr, bei E. Fels, Große Bergstraße 136. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht vom Verbandsstag in Bielefeld. 3. Verschiedenes. S. A.: Der Bevollmächtigte.

In Achim: Sonntag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, bei E. Rube. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verschiedenes. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Hamburg. Alle Zuschriften und Sendungen für die hiesige Verwaltung sind an den 1. Bev. W. Sander, Pumpen 34, II, zu richten.

Osnabrück. Unser Verkehrslokal haben wir nach Joh. Gerritzen, Collegienwall 14, verlegt. S. A.: Der Bevollmächtigte.

Peine. Kollegen, die hier in Arbeit zu treten gedenken, haben sich erst beim 2. Bev. Fritz Becker zu melden.

Rheinfelden. Den reisenden Kollegen wird es zur Pflicht gemacht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich beim Vorstand der hiesigen Tabakarbeitergewerkschaft über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen. Der Vorstand der Tabakarbeitergewerkschaft Rheinfelden (Schweiz). Verkehrslokal: Gasthaus Zum Löwen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Ählenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausschub: D. Sidom, Brandenburg a. S., kurze Straße 3. Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruhelplatzstraße 24.

Eingegangen: Neulübbe 300.— Mk., Rawitsch 50.— Mk., Sterbekasse: Rawitsch 6.25 Mk., Braunschweig 11.95 Mk., Neulübbe 72.63 Mk., Heibingsfeld 10.35 Mk., Nordhausen 9.— Mk., Zuffenhausen 100.— Mk., Sandhausen 25.— Mk., Leipzig 100.— Mk.

Krankengeld: 12.— Mk.

Hamburg, den 14. Oktober 1907. S. Otto.

Kranke und Schwache

trinken sich gesund durch eisenreiches Wasser aus dem Ramscheider Stahlbrunnen, denn dieser altbewährte Heilquell bringt Eisen ins Blut.

Tausende wurden gesund.

Man lese, was Geheilte dankbar und freudig bezeugen:

„Ich bin 1 1/2 Jahr sehr krank gewesen. Die viele Arznei, die ich eingenommen habe, ist stets ohne Erfolg geblieben. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlverstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch wie schnell kam meine Gesundheit wieder.“ — „Ich bin entzückt über den raschen, ausgezeichneten Erfolg, den ich erzielt; habe ich doch nach kurzer Zeit einen herrlichen Appetit erhalten, alle lästigen Magenbeschwerden sind verschwunden, und die alle Taftkraft lähmende Schwäche nimmt immer mehr ab.“ — „Der Ramscheider Stahlbrunnen hat mir meine Kraft und meinen Mut wiedergegeben.“ — „Das Wasser ist einfach köstlich und steht wohl einzig in seiner Art heilwirkend auf der ganzen Welt da.“ usw. usw.

Derartige Danfschreiben infolge glänzender Heilerfolge bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, nach erschöpfenden Krankheiten, Operationen, Blutverlusten usw. sind der beste Beweis für die vortrefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Erkuren im Hause ohne Berufshilfe. — Auskunft über weitere Heilerfolge, ärztl. Gutachten, Gebrauch der Kur usw. kostenlos durch Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf. O. 99.

J. H. Koopmann, Bremen.

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Von neuen Einfäusen empfehle als sehr preiswert:

Sumatra, Umblatt und Einlage, sehr leicht (Sandblatt) 105 Pfg.; reines Umblatt 140 Pfg. — **Sumatra-Decker**, hell, mittel und dunkel, 140, 150, 160, 170, 200, 230, 250 bis 500 Pfg. — **Vorstenland-Decker**, duffbraun, 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt, III. Länge Vollblatt, brennt als Decker schönweiß, 180 Pfg. — **Java-Decker**, dunkel 170 Pfg., hellfarbig 200, 250, 260 Pfg.; Umblatt 100, 120, 130 Pfg.; Umblatt und Einlage, sehr zartblättrig, feinste Qualität und flott am Blatt brennend, 95 und 100 Pfg.; Einlage 85 Pfg. — **Mexiko-Decker**, dunkel 220 Pfg., graubraun 300 Pfg. — **Brasil-Decker** 130, 160, 170 Pfg., brennt schönweiß; Umblatt 110, 120 Pfg. — **Havanna** 150, 250 Pfg. — **Yara-Cuba** 200 Pfg. — **Domingo** 85, 90, 100, 110 Pfg. — **Carmen** 85, 100, 110 Pfg. — **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, reichlich Umblatt enthaltend, 85 Pfg. — **Paraguay** 85 und 100 Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Drehbrett, für 10-12 Formen, pro Stück 6,50 Mk. **Gummi-Traganth**, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund 250 Pfg. **Zigarrenband**, feinste, gelbe Halbseide, 8 Lin., pro 50 Mtr.-Rolle 160 Pfg. **Preise per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.**

Roh-Tabak!

Trotz hohen Marktes offeriere sämtliche Sorten zu billigsten Preisen **Sumatra**, 1. L. Stückblatt, hell, zartbl., schönem Brand à 320 Pfg. **Vorstenland**, 2. L. Vollbl., zart wie Sumatra . . . à 300 „ **Vorstenland**, 2. L. Vollbl., mittelf., j. blatt., ff. Qual. à 210 „ **Mexiko S. Andres**, graufarbig und dunkel 200 300 400 „ **Java-Umblatt** mit Einlage, sehr blättrig, flotter Brand 105 „

Alle anderen Sorten billigst.

Preise per Pfund verzollt. — Postkollt per Nachnahme. Bei Beträgen über 25 Mark wird Porto nicht berechnet. Ziel nach Uebereinkunft.

Leo M. Lippstadt, Hamburg 36
Große Bäderstraße 14.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Roh-Tabak- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager. Soeben erschien unsere neueste Preisliste Nr. 23. Zusendung kostenlos sofort.

Empfehle Roh-Tabake zu billigen Preisen, als

Sumatra 1.70, 2.50, 2.80, 3.00, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60. — Java 0.92, 0.95, 0.98, 1.00, 1.15, 1.25, 1.40, 1.46. — Vorstenland-Decke 2.50. — Domingo u. Carmen 1.00, 1.05, 1.10, 1.20, 1.30. — Mexiko 2.50, 3.00, 3.50. — Havanna 3.60. — Felix 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.40. — Geschnittene wollige Einlage 1.05, Decke 1.80. — Losgut 0.90. — Uckermarkter 0.70 und 0.75. — Pfälzer 0.80. — Holländer-Umblatt 0.84 „

Diskont gewähre 3 Prozent; bei Beträgen über 25 „ wird Porto nicht berechnet. — Versand nur unter Nachnahme.

Bernhard R. Müller, Magdeburg (vorm. F. W. Helmecke).
Kettestes Roh-Tabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Java-Umblatt und Einlage

in blättriger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker**, **Carmen** und **Domingo-Umblatt**, wie helles, loses Gut, aus nur gefunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstrasse 14.

Java-Sumatra-Decken

mit schönen hellbraunen Farben und gutem Brande

Nr. 5966 à 2.80 } pr. Pfd.
Nr. 5967 à 2.50 } verzollt.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 425, 500, 550, 600, fahl u. mittel 200, 225, 275, 300, 350, 425 „ dunkel 200, 275, 300, 350 „

Vorstenland-Decke 160, 200, 225, 250 „ **Java** 90, 95, 100, 105, 110, 115, 135, 140 „ **Brasil** 105, 115, 125, 130, 135, 150, 200 „ **Carmen, Domingo** 95, 100, 115, 120, 130 „ **Cuba** 150, 350 „ — **Havanna** 300, 350 „ **Mexiko-Decke** ff. 300, 450 „ **Pa. Losgut** 85 „ netto, **Paraguay** 90 „ **Inländische Tabake** 75, 85 „

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager. Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 „ mit Rad 19 „ ganz Eisen 26 „ Presskasten zu 600 Zigarren nur 4.50 „ zu 1000 Zigarren nur 5.75 „ Rollbretter 175, 200 „ Hirnbolz 300, 350 „ Bündeiböcke, vertikal, nur 1.25 u. 2.25 „ Arbeitsmesser 20 u. 30 „ 35 „ Hamburger. Laek 25 „ und 30 „ 8 Stangen. Papier, blau, 41 Bogen pro Pfund, 20 „ Band 50 Meter von 70 „ an. Ringe ff. nur 20, 25 „ mit Porträt 45 „ Etiketten von 40 „ pro 100 Stück an. Gummi-Traganth nur 175, 225, 250 „ pr. Pfd. Amiac 200 und 250 „ pro Pfund. Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstrasse 185.
Gegründet 1879.

Decke, Vollblatt, 2. Länge hell, schönweißer Brand nur 210 Pfg. verzollt. do. hochfein, nur 250 Pfg.

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Illust. Katalog gratis u. franko.

Bei kleiner An- und kleinen Raten zahlungen empfehle ich auf **Teilzahlung** kompl. Bilder, Spiegel, Bilder, usw. **Hermann Looss** Lillengasse 16 Dresden Vertreter in Dresden und Umgebung gesucht.

Geräte für die Fabrikation

als: **Wickelformen**, **Formenpressen**, **Sitzenpressen**, **Arbeitsstische**, **Schmelz**, **Sortierstiften**, **Stiftstiften für Wickelmacher**, **Bündelpressen** etc.

Rollbretter, Ia.-Ware. rotbuchen 1.50 „, weißbuchen 2 „ unverwüstlich!

Echt amerik. Kopfholtz-Bretter mit Eisenbolzen — Unverderbt in Haltbarkeit! — per Stück 5.50 „, 10 Stück 58 „

Arbeitsmesser, prima Stahl per Stück 25 „, 10 Stück 2 „

Hamburg-Arbeitsmesser zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Maße 40 „ zu 3 Maße 55 „

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin
Magazinstrasse 14.

Der Teufelsglaube.

Preis 60 Pfg. Volksbuchhandlung Leipzig.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche, deren inniger Zusammenhang, Verhütung und radikale Heilung von Spezialarzt Dr. med. Bumler. Preisgekröntes, nach neuen Gesichtspunkten bearbeitetes Werk. Wirklich brauchbarer, äußerst lehrreicher Ratgeber und bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften und Exzesse und allen sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt, ist das Lesen dieses Buches nach fachmännischen Urteilen von geradezu unschätzbarem gesundheitlichen Nutzen! Für 1.60 Mk. Briefmarken franko zu beziehen von Dr. med. Bumler, Genf 882 (Schweiz).

Die besten Zigarrentrockenöfen

für Gas- und Grudekoksheizung, überall aufstellbar baut als Spezialität

Carl Osterloh, Maschinenfabrik, Lübeck I.

Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Größte Auswahl. Billigste Preise.

Sumatra-Decker à 500, 365, 300, 250, 240, 220, 200, 175, 150 Pfg., Stückblatt 200 Pfg. — **Vorstenland-Decker** à 265, 185 Pfg., Umblatt à 130, 125, 110 Pfg., Einlage à 95, 85 Pfg. — **Brasil-Decker** à 200, 175 Pfg., Aufarbeiter à 125, 120, 115 Pfg., Einlage à 100 Pfg., lose Blätter 100, 90 Pfg. — **Carmen-Umblatt** à 110, 100 Pfg. — **Domingo-Umblatt** à 110, 100 Pfg. — **Mexiko-Decker** à 400, 250 Pfg. — **Havanna-Decker** bis 1000 Pfg., Einlage 275, 160 Pfg. — **Yara-Cuba** à 200 Pfg. **Losgut** à 85, 80 Pfg.

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme.

Gehört die Zukunft dem Sozialismus?

Von J. M. Berger. Preis geb. 10 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Carl Roland, Berlin SO.

Rottbuser Straße 4. Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verkehrtroffen, 1.50 Mk. Vorstenland, hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. Nur streng reelle Bedienung

Vergessen Sie es nicht!

Lehmann & Assmy
Tuchfabrik, Spremberg 42 verkaufen direkt an Fabrik Anzug-, Paletot-, Hosen- und Westenstoffe jedes Mass an Private zu unerreicht billigen Preisen.

Muster an jedermann frei.

Roh-Tabake.

Großes Lager. Billigste Preise.

Wilhelm Seiffert
Leipzig, 22 Turnerstraße 22 am Bayerischen Bahnhof.

Amk. Gros 30 50 75, stets da, hell (Gelgnhts.), Dely 2.50, 3.30, 3.60. **Kemmler Nig., Breslau** 6. Sum. u. **Grasmustr.** 9 Pfd. zus. 5.00 pstfr.

Wegen Todesfalls sind sämtliche Utensilien der Zigarrenfabrikation: **Wickelformen**, **Pressen** usw. billig zu verkaufen. Offerten unter O. L. an die Expedition dieses Blattes, Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, erbeten.

Für Anfänger sehr günstige Gelegenheit

Gebrauchte Formen 1 Zigarren- und 1 Wickelpresse, Pressstiften, 2 zweifläch. Fische verkauft billig **Herm. Polz** Neumarkt in Schl., Junferstraße 32.

Hienfong Essenz

beliebtes Hausmittel, für Wiederverkäufer extra stark. Dutzend 2,50 Mk. „Stärke Qualität“ 1,80 Mk. Postpaket enthält 30 Flaschen. Posten billiger. Altbewährte Benzinquelle Laboratorium P. Seiffert, Dittersbach No. 97 bei Waldenburg (Schlesien).

Wohlbekanntlicher und fälschtester **1905er Rotwein** zu 70 Pfg. pr. Str. im Faß v. 30 Ltr., ob. pr. Flasche m. Glas in Kisten v. 12 Fl. an. Preisliste u. N. Probe umsonst. 2 ganze Probest. geg. 1 90 „ Mfr. C.O. Rühlmann, Weinellerei, Coblenz am Rhein 437.

Frauenleiden

und deren Verhütung

nebst einem Anhang Die Verhütung der Schwangerschaft von Dr. Zadek.

Mit Text-Illustrationen sowie Verzeichnis über die bis jetzt erschienenen Bände der

Arbeitergesundheitsbibliothek Preis 20 Pfg., Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition des Tabak-Arbeiters Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Ratgeber f. Arbeiter

Geb. 1.25 Mk. Volksbuchhdl. Leipzig.

Richard Karmaschek, um Ihre Adresse bittet **Aug. Schäfer**, Rauchstift.

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher

Fritz Fickert aus Breslau

befindet, werden gebeten, mir seine Adresse mitzuteilen. Porto wird vergütet. B. Schellack, Lübben N.-L., Judengasse 10.

Peter Schlünz aus Heide

wo steckt Du? Um Deine Adresse bittet Dein Kollege **Anton Ungemach**, Gilschhausen 204 (Kreis Herford).

Unserem Kollegen **Joh. Brader** aus **Wintzschoten** (Holland) zu seinem am 16. Oktbr. stattgefundenen 24. **Wiegensest** die herzlichsten Glückwünsche. Deine Kollegen.

Johann Brader nebst Braut

Fräulein **Frida Haake** gratulieren zu ihrer am 19. Oktober stattfindenden **Bermählung**. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle **Heterien**.

Unserem Kollegen **Reinh. Böttcher** aus **Fürstenwalde** zu seinem am 23. Oktbr. stattfindenden 21. **Geburtstage** die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der **Hinzschen Zig.-Fabrik** in **Storkow** (Mark).

Unserer Kollegin **Lina Krause aus Wurzen** die herzlichsten Glückwünsche zur **Bermählung**. Die Mitgl. d. Zahlst. **Wurzen**.

Seinem Kollegen **Karl Schulhauser** sendet die herzlichsten Glückwünsche zum **Geburtstag**. Sein Freund und Kollege **Hans Jäger** Nordhausen a. S., Weidenstraße 5.

Codes-Anzeigen.

Am 7. Oktober starb infolge einer Operation unser Mitglieb **Frau Aug. Becker** aus **Bittichow** bei **Schwedl** a. O. im Alter von 51 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder der Zahlstelle Berlin**.

Am 7. Oktober starb nach langem Leiden unser treues Mitglieb **Joseph Mahseling** aus **Geldern** im Alter von 27 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder der Zahlstelle Geldern**.

Am 8. Oktober starb nach langem Leiden unser Mitglieb **Ernst Franke** aus **Rastitz** im Alter von 81 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Kollegen der Zahlstelle Rastitz**.

Am 13. Oktober verstarb nach schwerem kurzem Leiden das Mitglieb **Joseph Geppert** im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder der Zahlstelle Rastitz**.

Briefkasten.

B. G., Lübben 70 Pfg. — A. N. Gilschhausen 50 Pfg. — J. G., Heterien (2 Jnl.) 1.10 Mk. — Koll., Storkow 60 Pfg.

13. Generalversammlung

des

Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Bielefeld, 14. Oktober.

Gaulleiter Schläter-Bielefeld eröffnet und begrüßt die Generalversammlung und betont, daß die Arbeiterbewegung im östlichen Westfalen, „der preußischen Bende“, einen namhaften Aufschwung genommen habe. Bielefeld sei die Zentrale der Bewegung, hier haben die Gewerkschaften, speziell die Metallarbeiter, große Erfolge in der Organisation der Arbeiter zu verzeichnen. Aber auch die zahlreiche Tabakarbeiterchaft Westfalens rafft sich auf. In den letzten Jahren hat unser Verband gute Erfolge, die Kollegen haben sich in größerer Zahl dem Verbande angeschlossen. Schon in den sechziger Jahren hat eine Generalversammlung der Tabakarbeiterorganisation unter dem Präsidium Frisch's stattgefunden. Inzwischen ist eine starke Verschiebung und Veränderung der Tabakindustrie eingetreten, die der Organisation der Arbeiter nicht förderlich war. Neuerdings sind die Schwierigkeiten überwunden, der Geist der westfälischen Arbeiter ist erfüllt worden mit dem Geist der modernen Arbeiterbewegung und besonders die Kämpfe gegen die Belastung der Tabakindustrie durch neue Steuern und Abaksteuerprojekte haben die Tabakarbeiter aufgerüttelt. Nun sei zu hoffen, daß die dem Verbande gewonnenen Arbeiter dem Verbande treu bleiben werden, denn was der westfälische Arbeiter einmal erfaßt habe, das halte er fest. Er, Redner, hoffe, daß den Delegierten der Bielefelder Generalversammlung die Genugung werde, dem Verband durch ihre Tätigkeit große Vorteile und festeren Bestand gegeben zu haben. Im Auftrage des Lokalkomitees heiße er die Generalversammlung herzlich willkommen!

Als Alterspräsident leitet darauf der Kollege Meier die Wahl des Bureau. Gewählt werden Börner-Berlin und Osterstag-Wilna als Vorsitzende, als Schriftführer die Kollegen Schmidt-Dresden, Struyfen-Ottensen, Klein-Köln, Keller-Freiberg.

Darauf folgt die Wahl einer Wahlprüfungs- und Revisionskommission, sowie die Beratung der Geschäftsordnung.

Der Vorsitzende Börner erinnert an den Verlust, den der Verband durch den Tod des Genossen Meißner erlitten hat. Redner hebt die Verdienste Meißners um die Arbeiterbewegung warm hervor und erjudt die Versammlung, sich zu Ehren Meißners, sowie anderer tätiger verstorbenen Verbandsgenossen von den Sätzen zu erheben. (Dies geschieht.)

Der Wahlprüfungs-Kommission gehören an Bogarell-Dresden, Raundorf-Frankenberg, Baum-Pirna, Metzger-Speyer, Grothe-Sannover; der Revisions- und Beschwerdekommision: Nepp-Ottensen, Müller-Berlin, Langner-Dhlau, Reddermeyer-Gera, Kläbe-Braunschweig.

Von der Dresdener Lokalorganisation sind drei Kollegen als Gäste anwesend, von der Sortiererorganisation der Vorsitzende, Kollege Arnhold.

Ueber den Antrag, den „Dresdner Konflikt“ auf die Tagesordnung zu setzen, wird länger debattiert. Es wird beschlossen, eine besondere, aus sieben Personen bestehende Kommission zu wählen, die die Dresdener Angelegenheit untersucht und Bericht erstattet. Gewählt werden hierzu die Kollegen Salzweibel, Samber, Wenzel, Vogtkländer, Wänsch, Durban und Gräbner.

Die Tagesordnung wird darauf endgültig wie folgt festgestellt:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Ausschusses. Referent: Die Kollegen C. Reichmann und Emil Giffen.
2. Die Taktik bei Lohnbewegungen. Referent: Kollege Hugo Eberle.
3. Der Heimarbeiterchutz in der deutschen Tabakindustrie. Referent: Kollege Fritz Geber.
4. Beratung aller auf Statutenänderung vorliegenden Anträge.
5. Beratung sonstiger Anträge. (Hierzu wird beschlossen, „die Differenzen mit der Tabakarbeitergenossenschaft“ auf die Tagesordnung zu setzen.)
6. Wahl des Vorstandes und des Vorsitzenden des Ausschusses.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet zunächst der Vorsitzende des Vorstandes, Kollege Reichmann, Bericht. Wir haben daraus das Nachstehende hervor: Im Jahre 1906 haben die Luxemburger Kollegen beschlossen, sich unserem Verbande anzuschließen. Der Anschluß ist erfolgt am 1. Oktober 1906 nach den Vorschriften eines besonderen Vertrages. Der Uebertritt unterliegt der Genehmigung der Generalversammlung. Bei der Einberleibung mußte Rücksicht genommen werden auf die Eigenheiten, die bezüglich der Arbeitslosenunterstützung in Luxemburg bestehen. In der Leipziger Generalversammlung 1905 wurde beschlossen, eine besondere Revision der Dresdener Kassenverhältnisse vorzunehmen. Bei der Revision wurden die dortigen Kassenverhältnisse vernachlässigt vorgefunden, so daß genaues nicht festgestellt werden konnte. Eine ungenaue Mitteilung eines von den Dresdener Kollegen soeben verteilten Berichtes stellt Redner richtig. Einigungsvorschläge wurden aus Dresden und Umgegend gemacht; sie konnten in der gedruckten Vorlage nicht aufgenommen werden, weil sie zu spät kamen. Redner verliest daher die Vorschläge und kommentiert sie kurz. Vorstand und Ausschuss haben einstimmig beschlossen, die Vorschlagspunkte bis auf den zu akzeptieren, der die Aufnahme des ehemaligen Mitgliedes Uhlig verlangt. Einstimmig haben Vorstand und Ausschuss die Aufnahme Uhligs, der sich Unredlichkeiten gegenüber dem Verbande habe zuschulden kommen lassen, abgelehnt. Die Kommission werde nun zu entscheiden haben. Nichts habe befürchtend auf den Verband gewirkt, als das neu geschaffene Gaulleiterstystem. Die Agitationskosten haben sich allerdings mit dieser Neueinrichtung erhöht. Aber es ist notwendig, mehr Aufklärung unter die Tabakarbeiterchaft zu tragen, dazu bedurfte es reichlicherer Aufwendung von Mitteln. Die Ausgabe stieg jedoch infolge der lebhaften Tätigkeit der Gaulleiter durch die erhöhte Lohnbewegung. Die Erfolge, die errungenen Lohnserhöhungen rechtfertigen die höhere Ausgabe und wiegen sie vielfach auf. Auch die Erhaltung und Ausbildung geistiger Kräfte wird mit der Neueinrichtung erreicht. Gegen den früheren Zustand sei das ein großer Vorteil. Zwar haben wir immer noch eine erhebliche Fluktuation der Mitglieder des Verbandes zu verzeichnen, aber sie ist verringert und muß noch mehr verringert werden. Dazu hilft das Gaulleiterstystem, das uns eine ansehnliche Zahl neuer Mitglieder zugeführt hat. Die Arbeitslosenunterstützung wurde durch die durch die Bandenrolensteuer hart betroffenen Zigarettenarbeiterinnen stark in Anspruch genommen. Energisch muß gegen die Regierung die Forderung erhoben werden, daß sie durch die Belastung der Tabakindustrie die Lage der Arbeiter unserer Industrie verschlechtert. Die Krankenunterstützung habe zwar höhere Verwaltungskosten erfordert, aber segensreich habe sie gewirkt, besonders die Wöchnerinnenunterstützung. Eine Minderung in der Krankenunterstützung werde sich jedoch nicht machen, denn die zwischen den einzelnen Unterstütlungs-Klassen bestehenden Mißverhältnisse er-

forderten dies. Die Unterstütlungseinrichtungen haben den Verband gefördert. Nie habe der Verband eine so starke Lohnbewegung durchgemacht, als seit der letzten Generalversammlung. Aber diese sei nicht durch eine Draufgängerpolitik hervorgerufen. Wir haben im Vorstand fortgesetzt bremsen müssen. Aber die Tabakarbeiter sind aufgepeitscht worden durch die belastende, den Lebensunterhalt verteuerende Steuer- und Zollpolitik der Regierung und herrschenden Klassen. Außerdem war der Aufschwung des Geschäftsganges in unserer Industrie der Bewegung günstig. Bewahren müssen wir uns und energischsten Protest erheben gegen den Vorwurf eines Arbeiterführers — v. Elm —, daß wir durch unser Verhalten zu Lohnkämpfen getrieben und angehegt hätten. (Zustimmung.) Es sind Erfolge errungen worden, die für die Arbeiter ca. 1% bis 2 Millionen Mehrlohn pro Jahr gebracht haben. Freilich haben wir 467 000 Mark für die Lohnkämpfe vom Verband ausgeben müssen. Hoffentlich wird in dieser Woche auch der große Kampf in Gießen beendet, um deswillen wir uns an die Solidarität der ganzen deutschen Arbeiterchaft wenden mußten. Die Unterstützung ist uns in reicher Weise zuteil geworden, daß wir dafür herzlich danken.

Aber wir werden wahrscheinlich in Zukunft schwere Kämpfe auszufechten haben. Die Lage vieler Tabakarbeiter ist noch eine elende, die bei einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Großfabrikanten arbeiten. Diese Fabrikanten streben durch stärkere Organisation der Verbesserung der Lage der Arbeiter entgegen. Die Verfolgung ausländischer, höheren Lohn fordernder Arbeiter ist bekant; sie werden durch schwarze Listen existenzlos gemacht. Die Unterbringung weiblicher Tabakarbeiter in andern Orten ist schwierig, weil man sie nicht von der Familie reißen kann. Darum brauchen wir mehr Mittel zur Unterstützung in Lohnkämpfen.

Um so notwendiger ist also die Ausgestaltung unserer Organisation, damit sie erstarke. Einheitslich muß unsere Organisation sein, darum wünschen wir sehr, daß die Verschmelzung mit dem Sortiererverband. Leider scheint kein ernstes Willen bei den Sortierern zur Verschmelzung zu bestehen, wie deren Vorschläge beweisen. „Getrennt marschieren, vereint schlagen“, bleibt eine Phrase gegenüber der Konzentration der Unternehmern.

Auch die Kampfmittel müssen verstärkt werden. Die Generalversammlung muß sich ernsthaft mit dieser Frage befassen. Unsere Gegner verfolgen genau die finanzielle Entwicklung unseres Verbandes; wissen sie, daß wir finanziell stark sind, dann werden sie den Wünschen der Arbeiter leichter nachgeben.

Der Regierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie den Arbeiterschutz vernachlässigt und nicht einmal zu einer gesetzlichen Regelung der Hausarbeit kommt, denn der vorliegende Gesetzentwurf führe keine solche herbei. Statt dessen bedroht sie die Arbeiter aufs neue durch neue Steuerprojekte gegen den Tabak. Die Banderolesteuer drohe der Tabakindustrie, schuld daran trügen die Zigarettenfabrikanten, die nichts gegen die Banderolesteuer taten, vielmehr der Zigarettenindustrie eins auswichen lassen wollten. Nun bedrohe sie selbst die Gefahr. Die Tabakarbeiter würden energisch dagegen ankämpfen.

Vor allem gelte es, die Organisation, den Verband, zu stärken; seine Macht sei die Gewähr des Erfolges in allen Kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Kollege Giffen erstattet für den Ausschuss Bericht. Es sei das erste Mal, daß ein Vorsitzender des Ausschusses Bericht erstatte, der von keiner Generalversammlung gewählt ist. Aber der Rücktritt Heisinger habe eine Neuwahl außerhalb der Generalversammlung nötig gemacht.

Die Minderener Angelegenheit habe dem Verband ziemliche Kosten verursacht. Auch die Hanauer Angelegenheit habe den Ausschuss beschäftigt, diese komme jedoch speziell zur Beratung, er verzichte darum auf eingehende Darstellung. Die Verschmelzung mit den Sortierern habe den Ausschuss ebenfalls beschäftigt; das Resultat liege im Bericht vor. Es scheine, daß die Angelegenheit ohne Erfolg ausgehen werde, das bedinge das Verhalten der Sortierer. Eine Reihe von Beschwerden seien erledigt worden, sie betrafen zumeist Umzugskosten.

Die Steuer- und Heimarbeitsfrage habe zu einer Konferenz geführt, auf der der Ausschuss vertreten war. Die Verhandlungen seien bekannt.

In der Dresdener Angelegenheit sei der Ausschuss einig mit der Stellung des Vorstandes, wie sie Reichmann zum Ausdruck gebracht habe.

Das Gaulleiterstystem habe sich bewährt. Für die Gehälter der Bureaubeamten beantrage der Ausschuss eine Erhöhung von 1600 auf 1800 Mark. Die persönliche Auffassung des Redners ist, daß die Gehälter für die Verbandsbeamten zu niedrig seien im Verhältnis zu ihrer Arbeit und den verteuerten Lebensverhältnissen, er bitte daher die Versammlung, sich mit dieser Frage eingehend zu beschäftigen.

Bzüglich der Wahl des Ausschusses müsse Rücksicht auf etwaige Vakanten genommen werden. Er schließe sich Reichmann an in dem Rufe: Vorwärts für den Verband!

Kollege Lieberman erstattet an Stelle des erkrankten Kassierers Niederwandel den Kassenbericht. Die Revisionskommission sei an der Arbeit, sie werde über den Befund der Kasse Auskunft geben. Es sei prompte Abrechnung durch die Bevollmächtigten nötig zur exakten Führung der Hauptkasse. Scherezen und Mißstände zwischen Vorstand und Ortsbeamten sei immer die Folge vernachlässigter örtlicher Geschäftsführung. Der Bericht über den Kassenbestand liege zur Einsicht für die Generalversammlung vor.

Darauf setzt die Diskussion über den Geschäftsbericht ein.

v. Elm: Ich bin der Sünder, der das Wort Draufgängerpolitik gebraucht hat. Aber meine Ausführungen dazu sind so knapp wiedergegeben, daß ich sie hier darlegen muß. Es ist jedes Mitgliedes Recht, sich über Vergangenes und Zukünftiges in Mitgliedsversammlungen auszusprechen. Es müsse mit der jetzigen Taktik gebrochen werden, daß diejenigen, die im Verband noch nichts geleistet haben, vom Verband nach kurzer Mitgliedschaft unterstütl werden, wenn sie Lohnkämpfe beginnen. Ich will Vorkaufs bezüglich des plötzlichen Hereinbrechens großer Lohnkämpfe walten lassen. Dem Vorstand müsse die Möglichkeit gegeben werden, besser prüfen zu können, welche Folgen Lohnkämpfe haben werden. Ein Kampf muß abgebrochen werden, wenn er zu verstanden droht. Wenn in einer Versammlung gesagt worden ist, ich sei von den Arbeitern abgerückt, so ist das unrichtig. Mein Standpunkt ist gegenüber den Unternehmern der gefährlichere, weil ich ihnen nach unsern Kräften und je nach der Situation zu Leibe gehen will.

Der Kampf will ich nicht aufgeben, das beweist, daß ich eine Beitragsserhöhung von 10 Pfa. beantrage habe, um die Kampffähigkeit des Verbandes zu erhöhen. Wenn wir über ähnliche Reorganisationsfragen beraten, wird es besser in geschlossener Sitzung geschehen.

Das Gaulleiterstystem wünschen manche beseitigt, manche weiter ausgedehnt. Redner berührt die dazu gestellten Anträge. Ich halte das Gaulleiterstystem für nötig. Aber wir waren in Leipzig nicht der Meinung, daß Gaulleiter mit der Haft ange stellt würden; aber die Verhältnisse mögen dazu gedrängt haben. Bewiß haben die Gaulleiter zur Verstärkung der Mitgliederzahl beigetragen, allein ihrer Tätigkeit ist sie nicht zuzuschreiben.

Die Abschaffung der Gaulleiter würde eine Reaktion im Verband bedeuten. Ob die Kosten im Verhältnis zu dem System zu hoch sind, ist fraglich. Anzuerkennen ist, daß höhere Kosten nicht zu hoch sind in Ansehung der erworbenen Mitgliederzahl. Um der Erhaltung der Mitgliederzahl dürfen wir die Unterstütlungen nicht erniedrigen, eher muß der Beitrag erhöht werden.

Ich bedaure, daß die Verschmelzungsfrage diesen Abschluß gefunden hat. Die Veröffentlichung der Verhandlungen hat der Einigung nicht gebietet. Wenn bei den Sortierern zurzeit ein Bedürfnis zur Verschmelzung nicht vorhanden ist, so konnte man durch einen gemeinsamen Beschluß die Verhandlungen vertagen. Der Verbandsleitung der Sortierer wird der Vorwurf gemacht, daß sie keine Neigung zur Einigung habe. Sie wollte sich an der öffentlichen Diskussion nicht beteiligen, mußte sich aber von dem Vorwurf rechtfertigen. Die Unterstütlungsverhältnisse liegen so verschieden, daß die Sortierer wegen dieses Unterschiedes wenig Neigung zur Verschmelzung haben. Wir sind oft gemeinsam vorgegangen, obgleich wir getrennt marschieren. Redner geht auf Einzelheiten von Lohnkämpfen ein. Wenn ich gesagt habe, wir lassen uns auf diese Kämpfe nicht mehr ein, so ist gemeint, daß wir Kämpfe, die zum Weißbluten des Verbandes führen, zu verhindern suchen. Will man den Sortiererverband von der Generalkommission ausschließen lassen, so läßt sich die Generalkommission darauf nicht ein. Manche Sortierer mögen einen rückständigen Standpunkt in dieser Frage einnehmen, aber sie werden zu andern Ansichten kommen. Zwingen läßt sich die Sache nicht. Mit der Festigung der Verhältnisse im Tabakarbeiterverband werden die Sortierer eher zur Neigung für eine Verschmelzung kommen. Jetzt halten sie an ihren von dem Verband stark abweichenden Unterstütlungseinrichtungen fest. Ich wünsche, daß die Verhandlungen über die Verschmelzungsfrage nicht neues Del ins Feuer gießen.

Es folgt die Mittagspause.

Bielefeld, 14. Oktober.

Nachmittagsitzung.

Van Sch-Striegau ist für Erweiterung des Gaulleiterstystems. An Orten mit zahlreichen Mitgliedern sollten Ortsbeamte angestellt werden, dadurch könne noch mehr für den Verband herausgeholt werden. Sparsamkeit sei in diesem Falle nicht am Platze. Bezüglich der Gewinnung weiblicher Mitglieder solle man sich an die Gewerkschaften anderer Berufe wenden, deren Mitglieder ihre Frauen und Töchter, die Tabakarbeiterinnen sind, veranlassen, unsern Verbande beizutreten. Die Fluktuation im Verband sei durch die Unterstütlungseinrichtungen nicht beseitigt worden. Wenn die Sortierer allem so voraus wären, wie v. Elm es darstellte, dann müßten sie in besserer Einsicht ein Opfer bringen und die Sonderbündelei aufgeben. Sie berufen sich aber auf ihren Geldsack wie Hirsch-Dunderianer. — Die Gehaltsfrage ist schwierig, aber wir müssen die Gehälter unserer Beamten erhöhen. Nur eine Beitragsserhöhung müssen wir zu umgehen suchen, sie würde uns wahrscheinlich Mitglieder kosten. Reichlich muß die Sache überlegt werden.

Stoll-Ladenburg erklärt die süddeutschen Verhältnisse, die infolge der Ausnützung der traurigen Lage der Arbeiter im Odenwald, überhaupt in entfernten ländlichen Orten durch die Fabrikanten, jährlich für die ganze Industrie seien. Redner ist gegen Herabsetzung der Unterstütlungen. Die Unterstütlungseinrichtungen seien im Süden das beste Agitationsmittel. Der Einfluß der geistlichen Agitation müsse geschickt überwunden werden. Nach und nach könne das geschehen. Wenn ein Kampf um Lohnserhöhungen geführt wird, dann muß er ein großer, weite Gebiete umfassender sein. Redner erklärt sich gegen eine Erhöhung der Beiträge.

Müller-Berlin: Zwischen den Ausführungen Elms in der Leipziger Generalversammlung und seinen heutigen Ausführungen bestehe ein Widerspruch. Von der Leitung des Sortiererverbandes werde darauf hingearbeitet, daß es zu keiner Verschmelzung kommen soll. Selbst die Einräumung einer Sektionsbildung der Sortierer in unsern Verband genügt den Sortierern nicht mehr. Die Diskussion der Frage im Sortiererverband habe ich verfolgt, sie bezog sich fast durchweg auf die Unterstütlungseinrichtungen. Das ist nichts weniger als zeitgemäß. Gegen den Auspruch v. Elms bezüglich der Draufgängerpolitik müsse protestiert werden, es sei nur gut, daß ihn Elm abgeschwächt habe. Wenn die Zigarettenarbeiter Sonderbündelei treiben wollten, könnten sie auch einen besonderen Verein bilden, sie denken aber solidarischer als die Sortierer. Redner wünscht, daß der Arbeitsnachweis den Gaulleitern übertragen werde; das werde sich vorteilhafter für den Verband erweisen.

Schmidt-Dresden bespricht eine Differenz zwischen den Zahlstellen Dresden und Bretnig. Es seien 300 Mk. von Dresden zur Unterstützung bei der Lohnbewegung nach Bretnig geliefert worden, die nicht zurückgezahlt werden. Die Dresdener Zahlstelle beantrage, daß die 300 Mk. vom Vorstand zurückgezahlt werden zu Lasten der Hauptkasse.

Wenzel-Halle zweifelt an der Auslegung des Wortes Draufgängerpolitik durch Elms heutige Ausführungen; v. Elm habe sich auch sehr unfreundlich gegen unsern Verband in Düsseldorf ausgesprochen. Der Vorstand des Sortiererverbandes habe nicht so gehandelt, wie er hätte handeln sollen, um eine Verschmelzung zu ermöglichen. Die Verschleppung rechtfertige den Abbruch der Verhandlungen seitens des Vorstandes unseres Verbandes. Man dresche sonst nur weiter leeres Stroh. Redner wendet sich gegen den Antrag, der den Tabakarbeiter in lateinischer Schrift gedruckt haben will; ferner ist er gegen die Angabe der laufenden Beitragswoche im Tabakarbeiter, die laufende Nummer des Tabakarbeiter gebe darüber Aufschluß. Die Frage der Uebertragung des Arbeitsnachweises an die Gaulleiter sei beachtenswert, das erleichtere den Arbeitsnachweis und spare Zeit und Kosten.

Eine Enquete über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sei neuerdings aufzunehmen, denn die Angaben der früheren Enquete seien überholt oder irreführend, weil die Fabrikanten vielfach ihre Produktionsstätten verlegt haben.

Hoffmann-Leipzig hatte früher Bedenken gegen das Gaulleiterstystem, er sei aber bekehrt worden durch Erfahrungen und Erfolge mit dem Gaulleiterstystem. Die Leipziger Tabakarbeiter haben schlechtere Löhne als schlesische oder süddeutsche Arbeiter. Alle Hausarbeit im 12. Gau gehe von Leipziger Fabrikanten aus; besonders die Westfirma Paschke zahle Löhne, die unter aller Würde seien. Mexiko-Zigaretten werden mit 7.50 Mk. Lohn für Widel und Zigaretten bezahlt. Gegenüber diesen traurigen Verhältnissen müsse ein besoldeter Gaulleiter angestellt werden, deshalb sei von der Zahlstelle Leipzig der dahingehende Antrag gestellt, den er anzunehmen bitte. Der Sortiererverband betreibt eine Abreibung unsern Mitglieder, wenn sie Sortierer sind. Dieser Fall liegt in Leipzig vor.

Eberle-Bremen: Kollege v. Elm hat heute einen außerordentlich milden Ton angeschlagen, das tat er nicht immer. Die Verschmelzungsfrage hat im Sortiererverband zur Urabstimmung geführt, die Verschmelzung ist abgelehnt worden. Dieses Resultat sei die Folge falscher gewerkschaftlicher Erziehung. Das Organ der Sortierer genügt einer zeitgemäßen Belehrung

nicht. Auffällig sei die Urabstimmung sehr schnell vorgenommen worden, um wahrscheinlich unsere Generalversammlung vor eine fertige Tatsache zu stellen. Das sei auch ein Zug, der die Motive der Führer im Sortiererverband klarlege. Die Einwände, daß die sachliche Stellung der Sortierer sehr verschieden von der der Zigarrenarbeiter sei, seien hinfällig. Das könne man mit größerem Rechte von Kautabak-, Zigaretten-, Rauch- und Schnupftabakarbeitern sagen. Die hier angeregte Anstellung von Ortsbeamten werde sich nötig machen, man müsse sie daher im Auge behalten. Die Darstellung Stolls enthalte verschiedene Unrichtigkeiten, die Oberle richtig stellt. Ebenso sei die Taktik Unrichtigkeiten bezüglich der Lohnkämpfe nicht durchführbar, doch darüber werde beim zweiten Tagesordnungspunkt weiter zu reden sein.

Dommer-Bremen: Unbedingt hätte v. Elm sein Wort „Draufgängerpolitik“ früher sofort berichtigen oder erklären müssen, denn mit dem Wort habe er den Fabrikanten eine Waffe in die Hand gegeben. Ferner habe der Vorstand des Sortiererverbandes die Urabstimmung mit der Bemerkung beeinflusst, die Verschmelzung beider Verbände habe gar nicht die Bedeutung, die ihr mancher beilege. Redner bezieht sich auf weitere Neußerungen aus Sortiererkreisen, die die Absicht erweisen, daß keine Neigung zur Verschmelzung bestehe.

Arnhold, Vorsitzender des Sortiererverbandes: Die Verschmelzungsfrage werde von recht mißverständlichen Gesichtspunkten aus behandelt. Dem Vorstand des Sortiererverbandes seien verschiedene Vorwürfe gemacht worden, aber er teile die Ansicht, daß es besser wäre, wenn die Arbeiter der Tabakindustrie einheitlich organisiert sein würden. Die Sortierer stemmten sich nur mehr aus Zweckmäßigkeitsgründen dagegen; die Unterstützungseinrichtungen des Sortiererverbandes spielten eben dabei eine Rolle. Die Zigarettenarbeiter haben früher keine Organisation gehabt, aber unser Verband besteht seit 1885, das ist also eine ganz andre Sache. Man hat versucht, indirekt in unsere Reihen Zwiespalt zu tragen durch Zeitungsartikel. Das hat uns veranlaßt, den ganzen Briefwechsel im Organisationsrat zu veröffentlichen. Wo ich war, in Konferenzen usw., habe ich mich in dieser Angelegenheit zurückgehalten. Es ist nicht richtig, daß die Mehrheit der Berliner Sortierer für die Vorschläge eures Verbandsvorstandes gestimmt hat; im allgemeinen haben circa 2000 Sortierer dagegen gestimmt, nur knapp 200 dafür. Die Arbeitsverhältnisse liegen doch für die Sortierer verschiedener, als für die Zigarrenarbeiter. Aber sie haben ebenfalls das Bestreben, ihre Lebenslage zu verbessern. Man bekennt, daß unsere Organisation eine Kampforganisation sei, aber die Lohnbewegungen in unserer Branche beweisen das Gegenteil. Soll etwas Ersprießliches aus dieser Diskussion kommen, so rate ich, Beschlüsse hier nicht zu fassen. Dann können wir sehen, wie die Sache in einem Jahre liegt; hoffentlich kommen wir dann der Vereinigung näher. Wir bestehen auch nicht auf dem Buchstaben in unserm eurem Verbandsvorstande unterbreiteten Vorschläge. Aus beiden Vorschlägen läßt sich etwas erzielen. Bitte, verschärfen Sie nicht die Situation durch Annahme der vorliegenden Anträge.

Deichmann-Bremen: Wohl habe ich gesagt, daß sich über die Vorschläge des Sortiererverbandes reden ließe, aber ich habe auch gesagt, daß aus dem Verhalten des Vorstandes des Sortiererverbandes hervorginge, daß er die Einigung wolle, weil er nicht annähme, daß die Vorschläge von den Mitgliedern seines eigenen Verbandes angenommen würden. Dazu kam der Wink auf das Vermögen des Sortiererverbandes. Es ist so kein Wunder, wenn sich die Mitglieder des Sortiererverbandes dann ablehnend verhielten. Eine Konferenz des Vorstandes, des Ausschusses und der Gauleiter unsres Verbandes beschloß daher, die Verhandlungen abzubrechen, die Einigung aufzugeben. Das waren wir unserm Verband schuldig. Kollege v. Elm hat seinem Verhalten eine Auslegung gegeben, die im Gegensatz zu seinem Auftreten steht. Sei auch der Bericht im Tabakarbeiter nicht unvoreingenommen, so habe er doch eine Entgegnung notwendig gemacht, wie es schon Kollege Thieme in der Versammlung in Hamburg getan habe. Auch in Mitgliederversammlungen habe man die Verantwortlichkeit für seine Neußerungen zu berücksichtigen. Wir haben im Vorstand scharf darauf geachtet, daß nur vollberechtigte Mitglieder bei Lohnbewegungen bezüglich der Unterstützung in Betracht kamen. Das hat uns manche Einwendung zugezogen. Andererseits konnten wir oft nicht zurückweichen, weil ein Schaden für den Verband und die ganze Tabakarbeiterschaft daraus entstanden wäre. Redner erklärt die Lage bezüglich der Bewegung in Gießen. Theoretisch läßt sich die Führung derartiger Kämpfe ganz hübsch ausmalen, aber in der Praxis stellt sich die Sache meist anders, besonders bei der Bewegung in den Dörfern. Das Gauleiteramt ist nicht mit Haß durchgeföhrt worden; hätten wir dem Verlangen von vielen Seiten nachgegeben, dann wäre dieses System viel weisheitsvoller geworden. Wir haben vorzüglich gehandelt. In einzelnen Fällen hätten wir vielleicht schneller handeln müssen. Hätten Elm und Arnhold den Sortierern gegenüber sich so geduldet wie heute hier, dann würden die Sortierer sich wahrscheinlich zur Einigung geneigt erwiesen haben. Redner geht noch näher auf die Vorschläge des Vorstandes des Sortiererverbandes ein, kritisiert sie und stellt ihnen die Vorschläge unsres Verbandsvorstandes gegenüber und meint, der ideale Wert der Verschmelzung und der Einigkeit siehe höher als die Unterstützungsfrage. Wenigstens sollten die Tabakarbeiter, die der modernen Arbeiterbewegung angehören, einheitlich organisiert sein. Aber die Genossen, die auf Parteitagungen usw. dahin gehende Beschlüsse mitfassen, halten sie nicht, geben ihre separatistischen Bestrebungen und Organisationen nicht auf. Das muß vor der Öffentlichkeit festgestellt werden. Redner geht dann auf den Antrag der Zahlstelle Dresden ein und erklärt die ihm zugrunde liegenden Verhältnisse. Die Generalversammlung möge entscheiden. (Beifall.)

Schluß der Sitzung.

Bielefeld, 15. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Telegraphische Grüße sind eingegangen von der Generalversammlung der belgischen Tabakarbeiter und dem Internationalen Bureau. Es wird beschlossen, die Grüße zu erwidern.

Wam-Birna erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Kommission hat alle Mandate — 72 — für gültig befunden. Einige Monitas der Zentralwahlkommission beziehen sich auf das Wahlverfahren in den einzelnen Wahlkreisen.

Müller-Berlin bedauert, daß das Wahlreglement nichts vor schreibt gegen eine Ungültigkeitserklärung einer Wahl, wie sie die Wahlprüfungskommission bezüglich der ersten Wahl in Berlin vollzogen habe. Redner kritisiert scharf die Handlungsweise der Wahlprüfungskommission, die einem Wahlprotest nachgegeben habe, der grundlos war, wie die Nachwahl bestätigt habe, denn die Kollegen, die in der ersten Wahl gewählt worden waren, wurden in der zweiten Wahl wieder gewählt. Redner wundert sich, daß die Mandatsprüfungskommission sich auf denselben Standpunkt gestellt habe, wie die Zentralwahlprüfungskommission.

Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen, die Berliner Wahlangelegenheit zur nochmaligen Prüfung an die Mandatsprüfungskommission zurückzubewahren. Dann wird die Diskussion über den Bericht des Vorstandes fortgesetzt.

Seidel-Görlitz teilt mit, daß Sortierer aus Bünde ihm erklärt hätten, daß die Frage der Verschmelzung mit ihnen nicht angeregt werden sei vor Veranstaltung der Urabstimmung, diese sei also über Hals und Kopf vorgenommen worden. Bezüglich der Anstellung von Ortsbeamten rät der Redner, örtliche Beiträge zu erheben.

Haberer-Offenburg befragt den Antrag Offenburg, noch einen Gauleiter für Baden anzustellen. Der Bezirk habe eine zu große Ausdehnung, als daß die nötigsten Arbeiten vollzogen werden könnten. Redner schildert die Verhältnisse der badischen Tabakarbeiter; zu ihrer Hebung müßten noch mehr Opfer gebracht werden. Gauleiter, denen Erfahrungen zur Seite stehen, müssen eingreifen. Gegenüber Elm betont Redner, daß der Vorstand in Baden keine Draufgängerpolitik betrieben habe, vielmehr hätten die badischen Mitglieder den Vorstand, der immer gebremst habe, drängen müssen, daß er die Lohnbewegung in Baden zur Vereinsache mache. Wenn die Sortierer immer wieder so sehr auf ihre Unterstützungsformen pochten, sei eine Einigung ausgeschlossen. Die Sortierer, die in Baden dem Deutschen Tabakarbeiterverband angehören, befinden sich im Verband sehr wohl, die Zersplitterung ist also nicht notwendig. Es ist Pflicht sämtlicher Tabakarbeiter, sich in einer einzigen Organisation zu verbinden.

Näcker-Nachim meint, es sei besser, man besaße sich mit den Anträgen, die zum Ausbau unsres Verbandes dienen, statt die Zeit nutzlos zu vergeuden mit Debatten über die Verschmelzung mit den Sortierern, die doch von jener Seite hintertrieben werde. Der Vorstand müsse unbedingt für spätere Generalversammlungen den Bericht früher herausgeben. Die Alkoholfrage sei wert, in der Generalversammlung besprochen zu werden, damit Nebelstände beseitigt würden. Ueber die Kosten, die die Gauleiter verursachen, sollte eine Spezialabrechnung herausgegeben werden. Für eine Beitragserhöhung sei er nicht zu haben; die Beitragserhöhung stehe im Kontrast zu der Forderung der Gehaltserhöhung.

v. Elm wendet sich gegen die Ausführungen Deichmanns, der herausfordernd geredet habe, und geht auf Einzelheiten der Unterhandlungen ein. Wenn nicht die Gauleiter sich bei Lohnbewegungen in Verbindung mit den Sortierern fekten, der Vorstand tue es nicht, obgleich ein Paragraph im Statut darauf hinweise. Man sei gewöhnt, daß der Vorstand, der es verstanden habe, mit ertauulichem Ungehör 2000 Mitglieder in Dresden aus dem Verband zu treiben, in hochfahrender Weise aufzutreten. Man versteht es nicht, sich in die Situation der Sortierer zu versetzen. Sie sind der Ansicht, daß sie, trotzdem die Zigarrenarbeiter immer die ideale Seite der Verschmelzung hervorheben, in ideeller Beziehung nichts gewinnen würden. Prinzipiell kann man für die Verschmelzung sein, wie ich, aber wenn man im Vorstand eines Verbandes sitzt, hat man alle Verhältnisse zu berücksichtigen. Manche Einrichtungen sind besser ausgebaut im Sortiererverband, wie der Arbeitsnachweis. Die Sortierer fürchten, daß der Vorteil ihres Arbeitsnachweises verloren gehe bei der Verschmelzung. Auch die Arbeitslosenunterstützung hat für die Sortierer mehr Gewicht als im Deutschen Tabakarbeiterverband, wo die Arbeitslosenunterstützung mehr in Anspruch genommen wird. Ähnlich verhält es sich mit der Krankenunterstützung. Der Idealismus bei den Tabakarbeitern im Deutschen Tabakarbeiterverbande steht nicht höher als bei den Sortierern, das zeige sich, wenn Tabakarbeiter dem Verband den Rücken kehren, wenn die Kranken- usw. Unterstützung verringert werden soll. Redner wendet sich gegen den Vorwurf, er sei gar kein Sozialdemokrat mehr. Die Verschmelzung sei eine Frage der Zeit, das gegenseitige Vertrauen müsse gefördert werden. Müller jagte, ich hätte den Bericht, der von Draufgängerpolitik sprach, berichtigen müssen. Zu Berichtigungen gehört Zeit. Ich habe mit Berichtigungen schlimme Erfahrungen gemacht, auch beim Tabakarbeiter bezüglich der Hanauer Angelegenheit. Es mag ein Fehler sein, daß ich nicht den betr. Bericht berichtigt habe, da er unvollständig war. Deichmann sagt, Elm ist selbst ein solcher Draufgänger, sein Verhalten in einer Versammlung in Bünde bestätigt dies. Ich habe genau dasselbe in Bünde gesagt wie in der Hamburger Versammlung. Wenn es notwendig ist, dränge ich die Arbeiter vorwärts zum Kampfe, auch zum Streik.

Gräbner-Hanau: Ich hätte gewünscht, in dieser Generalversammlung würde die Verschmelzung mit den Sortierern vollzogen. Aber die Einwendungen, die wegen der Unterstützungseinrichtungen gemacht worden sind, bestätigen schon, daß es nicht dahin kommen wird. Was in andern Verbänden möglich ist, das ist auch möglich bei Tabakarbeitern und Sortierern, wie man sich dort vereinigt hat, so kann man es auch hier. Aber die Absicht der Vereinigung wird hier hintergangen. Wenn man vorgibt, Arbeiter zusammenzuführen zu wollen, dann muß das für einen Führer, der lange Jahre in der Bewegung ist, ein leichtes sein. In Hanau hat sich die ehemalige Lokalorganisation der Goldarbeiter dem Metallarbeiterverbande angeschlossen. Da lagen die Verhältnisse verschiedenartiger als zwischen uns und den Sortierern.

Die Draufgängerpolitik hat sich bewährt im Kampfe gegen die Tabaksteuerprojekte. Aber die Gauleiter haben die Verhältnisse bei ihren Maßnahmen berücksichtigt. Es wird oft gesagt, nachdem eine Zahlstelle gegründet worden ist, komme auch bald eine Lohnbewegung. Das komme jedoch nicht immer vor, die Verhältnisse drängen manchmal dazu. Wo die Löhne äußerst niedrig stehen, muß man die Arbeiter unterstützen, wenn sie endlich zu einer Forderung höherer Löhne drängen. In Gießen haben die Fabrikanten auch erklärt, die dortige Lohnbewegung sei durch bezahlte Agitation hervorgerufen.

Ein Antrag, die Verschmelzungsfrage aus der Diskussion auszuschalten, wird von der Generalversammlung abgelehnt, ebenso ein Antrag auf Schluß der Debatte.

Sander-Hamburg gibt Erklärungen bezüglich des Berichtes über die Hamburger Versammlung. Der Antrag, den Vorstandsbereich frühzeitig vor der Generalversammlung herauszugeben, wird nur dann auszuführen sein, wenn die Ortsverwaltungen pünktlich mit dem Vorstand ihre Geschäfte resp. Abrechnung vollziehen. Aber die Jahresrechnung könnte eher herauskommen.

Schlüter-Bielefeld: Die Sortiererelegenheit ist anders zu behandeln, als Gräbner das will. Kollege v. Elm zehrt noch von der Zeit des Hamburger Ausstands, darum kann auch er sich schwer überwinden, die Verschmelzung zu fördern. Aber die Verschmelzung wird bald kommen, denn die Zukunft der Tabakindustrie liegt wo anders, als in Hamburg. Es ist nicht richtig, daß die Sortierer den Zigarrenarbeitern in Bünde zu höheren Löhnen verholfen hätten. Redner erklärt die einschlägigen Verhältnisse jener Bewegung und widerlegt damit die Behauptung, daß eine Draufgängerpolitik betrieben worden sei. Bezüglich der Verschmelzung kommt bei den Sortierern in erster Linie die materielle Seite, nicht die ideale in Betracht; sie pochen auf ihr Vermögen. Aber eine Gewerkschaft, die Geld erspart, kämpft nicht genügend für die Hebung der Lage ihrer Mitglieder. Die Agitation, die hier im Interesse der Sortierer stattfand, vollzog sich hauptsächlich auf Kosten unsres Verbandes, da kann der Sortiererverband gut sparen. Redner führt zum Beweise dafür Beispiele an. Hat der Sortiererverband 40 000 Mark erspart, so gehören diese eigentlich dem Deutschen Tabakarbeiterverband. Unser Verband darf die Frage nicht aus dem Auge lassen, denn die Verlegung der Sortierereiten drängt dazu. Der Sortiererverband kann die zerstreuten Sortierer nicht zusammenhalten, das kann nur ein den Verhältnissen nachspürender Gauleiter, der im Bezirke lebt. Elm ist einmalig durch den Gau gelaufen, aber gewonnen hat er für den Sortiererverband keine Sortierer. Die Taktik, 10—12 000 Tabakarbeiter zum Ausstand zu bringen, wie es vorge schlagen wurde, ist nicht zu empfehlen. Mit den Sortierern muß vorläufig ein Kartellverhältnis geschlossen werden.

Pogarell-Dresden spricht über die Situation jener Zeit, in der er Gauleiter war. Er habe nicht nach seinen eignen Absichten gehandelt, wie es nach den Deichmannschen Ausführun-

gen in dieser Sache scheinen könne, sondern im Interesse des Verbandes. — Die Erhöhung der Mitgliederbeiträge mag nötig sein, aber es ist schwierig, sie zu erreichen. So liegen bei uns die Verhältnisse nicht, wie bei andern Gewerkschaften, deren Mitglieder höhere Löhne haben. Ein Verlust von vielen Mitgliedern müßte die Folge sein. Nehmen Sie die Erhöhung der Beiträge ab, besonders, da der Vorstand Gehaltserhöhungen verlangt.

Deichmann-Bremen: Pogarell hat die Verhältnisse in Bretnig und Oederan besprochen, aber nur bestätigt, was ich gesagt habe. Pogarell hat die Sache nicht übersehen können. Wenn solche Vorgänge höhere Ausgaben erfordern, dann muß der Vorstand eingreifen. Redner wendet sich gegen die Unterstellung, daß der Vorstand eine Gehaltserhöhung beantragt habe, es sei nur der Antrag gestellt, die Gehälter der Hilfsarbeiter im Bureau von 1600 auf 1800 Mark zu erhöhen. Zwar seien die Gehälter des Vorstandes keineswegs genügend, aber in Rücksicht auf die Lage sei er jetzt gegen eine Gehaltserhöhung. Es müsse zunächst an eine bessere Regelung der Krankenunterstützung und der Mitgliederbeiträge herangetreten werden. Im Vorstand sei man einig, daß der Jahresbericht früher erscheinen müsse; alle Bemühungen seien darauf gerichtet, aber diesmal trug die Erkrankung eines Vorstandsmitgliedes zur Verspätung bei. Bezüglich der Bedeutung der Verschmelzung mit den Sortierern stehe ich nicht auf dem Standpunkt Gräbners, die Verschmelzung ist wünschenswert, weil die Sortierer nicht bedeutungslos sind. Kollege v. Elm behauptete, wir träten wegen Lohnbewegungen nicht mit den Sortierern in Verbindung, das ist nicht richtig. Es mag hier und da von den Sortierern sowohl wie von den Zigarrenarbeitern gefehlt worden sein. v. Elm rebete von Dingen, die er nicht weiß, sonst hätte er nicht behaupten können, der Vorstand habe in Dresden Mitglieder dem Verband entfremdet. Auch ist nicht wahr, daß wir verlegend in unsrer Korrespondenz gewesen. Ferner legen wir eure Korrespondenz nicht anders aus, als sie verstanden werden muß. v. Elm werde immer richtiger aus, weil er nicht immer zu verstehen sei, daher komme es auch öfter zu den Anrempelungen, denen v. Elm in der Arbeiterbewegung ausgesetzt sei.

Vor der Mittagspause geht ein Telegramm ein, nach dem der Ausstand in Gießen mit Erfolg beendet ist.

Gewerkchaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden ehe sie die Arbeit annehmen.

Denzlingen. Der Streik bei der Firma L. Mohr, Anton Wehrles Nachf., in Denzlingen, Sexau und Bödingen dauert fort. (9. Gau.)

Edingen. Der Streik in Edingen bei der Firma Gebr. Apfel dauert fort. Es scheint der Firma schwer zu fallen, dem Beispiele der Firmen Keller und Reinken in Edingen zu folgen, die ihren Arbeitern Lohnzulagen gewährten, ohne daß die Arbeit erst niedergelegt wurde. (8. Gau.)

Wolfsbüttele und Clausthal. Bei der Firma Metge, die in vorstehenden Orten zwei Betriebe hat, stehen die Kollegen im Streik. Von einer Einigung will Herr Metge noch nichts wissen, weshalb der Streik fort dauert. (3. Gau.)

Der Zuzug ist fernzuhalten von: Luxemburg, Firma Heinz v. Ladewigt (6. Gau), Frankfurt a. M. (7. Gau), Ronneburg, Firma Rein (11. Gau), Schönlanke, Firma Brunwald (14. Gau), Berlin, Firma S. Fyrt, Zigarren- u. Zigarettenfabrik (15. Gau), Bingen, Firma Karl Gräf, Kautabakfabrik (6. Gau).

Gandersheim: Die Firma Du Roi u. Co., die schon im vorigen Jahre Lohnerhöhungen eintreten ließ, bewilligte, nachdem die Arbeiter vorstellig geworden waren, Lohnzulagen von 25 bis 50 Pfg. pro Mille. Die Lohnzulagen insgesamt betragen nun 75 Pfg. pro Mille. Die Firma W. Rieck, die ebenfalls im vorigen Jahre Lohnzulagen bewilligte, steigerte die Löhne bei ein paar Sorten um 25 bis 50 Pfg. pro Mille.

Niederhäslich. Die Firma Starke bewilligte den Rollern auf zwei Sorten 15 und 20 Pfg. pro Mille und hob das Zahlen von 20 Pfg. pro Woche für Deckstreichen auf. Die Wickelmacher erhielten eine Lohnzulage von 10 bis 50 Pfg. pro Mille.

Deuben. Die Firma R. Bogt bewilligte den Rollern 25 bis 75 Pfg. und den Wickelmachern 10 Pfg. pro Mille Zulage.

Greiffenberg (Schlesien). Bei der Firma C. A. Collek ist es zu Differenzen gekommen. Die Kollegen wollen dies beachten und den Zuzug nach Greiffenberg meiden. (14. Gau.)

Nordhausen. Die Differenzen bei der Firma Grimm u. Triepel (Inh. Otto Kruse) sind noch nicht erledigt. (4. Gau.)

Goldberg. Zuzug nach hier ist wieder frei.

Oberhausen. Bei der Firma Albrecht sind sämtliche Zigarrenmacher ausgeperrt. Der Zuzug ist daher streng fernzuhalten. Besonders werden die niederrheinischen Zahlstellen darauf aufmerksam gemacht.

Nordköping (Schweden). In der Zigarrenfabrik von Andersson ist ein Streik ausgedroht, weshalb die schwedischen Kollegen ersuchen, den Zuzug fernzuhalten.

Lohnbewegungen im s. Gau.

Nachdem es bei der Firma Apfel-Edingen zum Streik kam, der, nebenbei gesagt, hoffentlich in dieser Woche beendet wird, da der Fabrikant sich bereit erklärt hat, zu verhandeln, glaubten offenbar die Fabrikanten, die Arbeiter in dieser Gegend mutlos gemacht zu haben. Wie verlautet, sollen sich die vereinigten Fabrikanten in dieser Gegend außer in dem allgemeinen Fabrikantenverein noch in einer besonderen Vereinigung zusammengetan haben. Jedenfalls dachten sie, doppelt hält besser. Aber alles half nichts, die Arbeiter ließen sich nicht bezirren. Wie schon bekanntgegeben ist, stellte man bei verschiedenen Firmen Forderungen, und die Fabrikanten einigten sich mit den Arbeitern. Jetzt haben wir wieder über drei Firmen zu berichten, bei denen Lohnbewilligungen auf Grund von Forderungen gemacht wurden. Die Firma Müller u. Sprungmann-Edingen bewilligte etwas, mit dem sich die Arbeiter vorläufig zufrieden gaben: pro Mille 20 Pfg. Bei der Firma Reuter-Sedenheim stellten die Arbeiter ebenfalls Forderungen und bewilligte dieser Fabrikant pro Mille 50 Pfg. Auch bei der Firma Weich-Edingen wurden Forderungen gestellt und wurden auch hier aber leider nur 20 Pfg. pro Mille bewilligt. Zu dieser letzten Lohnbewegung lesen wir in dem Organ des christlichen Verbandes, daß für Rollen pro Mille 20, 30 und 40 Pfg. und für Wickel pro Mille 10 und 20 Pfg. bewilligt sind. Aus welchem Grunde macht man das? Schämten sie sich vielleicht, daß nicht mehr erreicht wurde, oder will man dadurch die Öffentlichkeit täuschen?